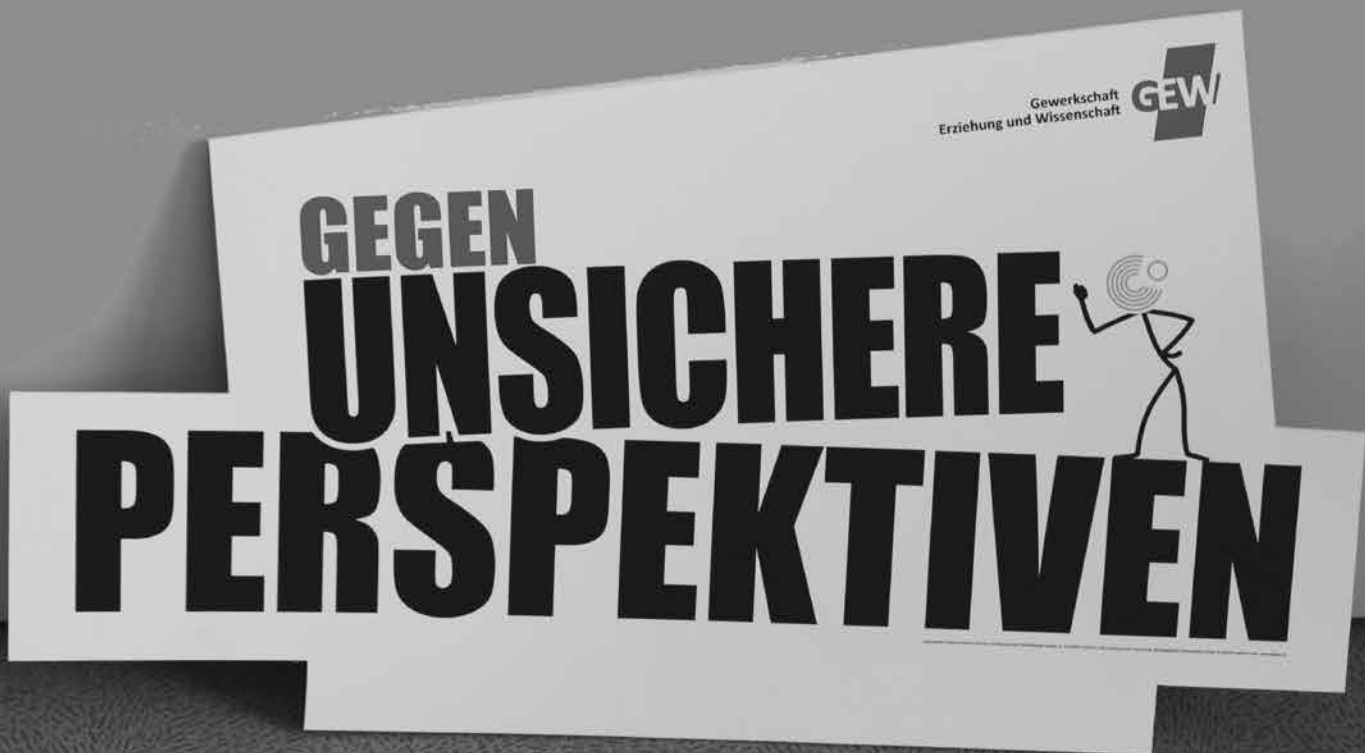




- TVöD
- Neues aus der Hochschule



**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

Januar/Februar  
2025

**TVöD-Tarifrunde aktuell**

- 3 **Aktuelle Informationen zu den TVöD-Verhandlungen**
- 3 **Appell der Koordinierungsgruppe Nord- und Ostsyrien in der GEW**

**Neues aus der Hochschule**

- 4 **Systematischer Wortbruch und gewerkschaftsfeindliche Kampagnen**  
von Simon Uhl
- 5 **Warum »Öffentlich-private Partnerschaften« abzulehnen sind**  
von Eva-Maria Huber und Lukas Eitel
- 7 **Uni Augsburg leidet unter neuem Hochschulgesetz. Ihr auch?**  
von Manuel Bühlmaier
- 8 **Wer streikt, ist Verfassungsfeind\*in?**  
**Arbeitsgericht bestätigt Berufsverbot an TU München**  
von Benni Ruß
- 10 **10 Jahre Refugee Law Clinics in Deutschland**  
von Dr. Nina Kerstensteiner

**Was es sonst noch gibt**

- 12 **Bayerisches Landesprogramm der Sprach-Kitas – Rückblick und Ausblick**  
Gabriele Albrecht-Thum interviewt eine Sprach-Fachberaterin
- 14 **Integration kann gelingen, wenn alle sie wollen**  
von Dr. Doris Weber
- 16 **Gemeinsam trauern, aktiv für Frieden und Verständigung werben: Parents Circle Families Forum**  
von Ilana Bergsagel
- 17 **Berichte**
  - GEW Würzburg wählt neuen Vorstand und ehrt Mitglieder
  - GEW-Senior\*innen reisten nach Brüssel
  - Überzeugen mit Präsenz und Stimme
  - Gutes Gelingen im Auslandsschuldienst!
  - Verbrennungsfrei wohnen im Haus ohne Kamin
  - DGB Bayern verleiht bayerischen Mitbestimmungspreis 2024
  - Frauen führen anders! Wirklich?
- 21 **Nachruf auf Helmut Stock**
- 22 **Nachruf auf Constantin Dietl-Dinev**

**Rubriken**

- 23 **Geburtstage und Jubiläen**
- 24 **Kontakte**

Ausblick auf die nächsten DDS-Ausgaben (Arbeitstitel): DDS 3/2025 Gender, DDS 4/2025 Sport, DDS 5/2025 KI, DDS 6/2025 Menschen mit Behinderung

**Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder erfolgt nach Terminvereinbarung.**

**Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.**

**E-Mail: [rechtsstelle@gew-bayern.de](mailto:rechtsstelle@gew-bayern.de)  
Tel.: 089 544081-14**

**Aktuelle Mitgliedsdaten melden**

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter [gew-bayern.de/anmeldung](http://gew-bayern.de/anmeldung) selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de) Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

**Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig!**

**Hinweis zur Beitragsquittung für 2024**

Die Beitragsquittung für 2024 kann seit Mitte Januar online abgerufen werden ([gew.de/beitragsbescheinigung](http://gew.de/beitragsbescheinigung)). Wichtige Änderungen deiner Mitgliedsdaten sind ebenfalls online möglich. Dafür muss man registriert sein. Wer sich neu registrieren möchte, braucht dafür Benutzername, Passwort, E-Mail-Adresse, Mitgliedsnummer und Geburtsdatum. Die Unterlagen stehen dann ein Jahr zum Download bereit. Außerdem wird die Beitragshöhe für 2024 auf einem deiner nächsten Kontoauszüge ausgewiesen. Auf Wunsch sendet dir die Mitgliederverwaltung eine Beitragsbescheinigung per Post oder nimmt Änderungen an deinen Mitgliedsdaten (Arbeitsplatz, Einkommen, Bankverbindung, E-Mail-Adresse o. Ä.) entgegen ([mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de), Telefon: 089 544081-16). Die Beitragsbescheinigung wird nicht per E-Mail versandt.

**Die DDS-Redaktion**

**Die Internationale Münchner Friedenskonferenz 2025**

findet als friedenspolitische Ergänzung zur Münchner »Sicherheitskonferenz« unter dem Motto »Fundamente des Friedens« von Freitag, 14. Februar bis Sonntag, 16. Februar statt.

Das Programm findet ihr unter [friedenskonferenz.info](http://friedenskonferenz.info) oder ihr nutzt diesen QR-Code.



**Friedensfähig statt kriegstüchtig**

**ANTI SIKO DEMO**  
**SA, 15. FEB.**  
**MÜNCHEN 2025**  
**13<sup>00</sup> STACHUS**  
[www.sicherheitskonferenz.de](http://www.sicherheitskonferenz.de)  
[www.antisiko.de](http://www.antisiko.de)



**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ**

**Impressum:**

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern  
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810  
E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de) • [facebook.com/GEWBayern/](https://facebook.com/GEWBayern/)  
**Redaktionsleiterin:** Dorothea Weniger (*dw*), Neumarkter Str. 22, 81673 München  
E-Mail: [dorothea.weniger@gew-bayern.de](mailto:dorothea.weniger@gew-bayern.de)  
**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Manuel Bühlmaier (*mb*), Verena Escherich (*ve*), Isabelle Haque (*ih*), Karin Just (*kj*), Petra Nalenz (*pn*), Gele Neubäcker (*gn*), Magdalena Siebert (*ms*), Magnus Treiber (*mt*), Chrissi Wagner (*cw*), Wolfram Witte (*ww*)

**Gestaltung:** Karin Just  
**Bildnachweis:** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt) Titel: GEW, Montage Karin Just  
**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

**Anzeigenannahme:** nur über die Redaktionsleitung  
**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München  
☎ 089 5029994, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)  
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskezeichnungen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser\*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.  
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.  
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Die DDS und alle darin enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung, der Nachdruck und die Nutzung der Inhalte ist nur mit schriftlicher Genehmigung der GEW Bayern erlaubt.

# Aktuelle Informationen zu den TVöD-Verhandlungen

Wenn ihr diese DDS in den Händen haltet, liegt der TVöD-Verhandlungsauftritt bereits hinter uns (24. Januar 2025), die zweite Verhandlungsrunde steht kurz bevor (17./18. Februar 2025).

## Die GEW fordert:

- **8 Prozent mehr Gehalt** – mindestens 350 Euro
- **höhere Zuschläge für Überstunden** und besondere Arbeitszeiten
- **drei zusätzliche freie Tage pro Jahr**
- ein »**Meine-Zeit-Konto**«, in dem die Beschäftigten Entgelterhöhungen und Zuschläge ansparen können, um sie zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit oder für zusätzliche freie Tage beziehungsweise längere Freistellungsphasen zu nutzen
- einen **Gewerkschaftsbonus** in Form **eines weiteren freien Tages pro Jahr** für Gewerkschaftsmitglieder
- eine Wiederaktivierung der **Regelungen zur Altersteilzeit**

Aktuelle Informationen dazu findet ihr hier: [gew.de/tarif/tvoed](http://gew.de/tarif/tvoed)



Eure GEW Bayern

## Liebe Kolleg\*innen,

seit mehreren Jahren steht die GEW im Austausch mit den Kolleg\*innen unserer Partnergewerkschaft in Nord- und Ostsyrien (UTNES/Yekitiya Mamosteyên). In einigen Landesverbänden haben sich auch regionale Kontakte entwickelt, in denen wir uns regelmäßig über pädagogische und bildungspolitische Themen austauschen.

Nun stehen unsere Kolleg\*innen dort vor einer so bedrohlichen Situation, dass der internationale Dachverband der Bildungsgewerkschaften El sich am 6. Dezember in einem öffentlichen Appell an die Vereinten Nationen und an UNICEF gewandt hat, mit der Aufforderung, aufgrund der humanitären und bildungspolitischen Notlage einzugreifen: »Am 27. November 2024 starteten bewaffnete Gruppen, darunter Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) und mit der Türkei verbündete syrische Söldner, eine verheerende Offensive in Aleppo und Umgebung. Der widerstandslose Rückzug der syrischen Armee hat die Situation verschärft und die lokale Bevölkerung, insbesondere die kurdische Zivilbevölkerung, schutzlos zurückgelassen...«\*

In einem Onlinetreffen der Landesverbände Niedersachsen und Bayern mit der Region Euphrat (Kobanê) erfahren wir, dass auch die Bevölkerung der Region Shehba, der Partnerregion des

GEW-Landesverbandes Berlin, evakuiert werden musste. 150.000 Menschen sind im Gebiet der Selbstverwaltung östlich des Euphrats angekommen, verteilt auf 60 Schulen und zwei Kindergärten in der Stadt Tabqa und 80 Schulen in der Stadt Raqqa, die zu ihrer Unterbringung zur Verfügung gestellt wurden. Das Bildungswesen ist dadurch in der Region zusammengebrochen, so wie die Arbeit von 1.000 Lehrer\*innen und 15.000 Schüler\*innen aus der nun besetzten Region Shehba. Zusätzlich zu den winterlichen Temperaturen bereitet die Versorgung der Menschen große Probleme. »Die humanitäre Lage ist katastrophal und lässt sich nicht in Worte fassen«, schreibt die Gewerkschaft UTNES in einer Nachricht an die GEW.

Durch die andauernden Angriffe der von der Türkei unterstützten islamistischen Milizen und die direkten Luftangriffe seitens der Türkei ist die gesamte Bevölkerung Nord- und Ostsyriens bedroht. Gefährdet sind damit nicht allein unsere Kolleg\*innen und ihre Schüler\*innen – sondern auch das demokratische, geschlechtergerechte, multiethnische und multireligiöse Bildungswesen der Region. Gerade dieser Ansatz aber könnte eine wichtige Grundlage für einen friedlichen und gerechten gesellschaftlichen Neuaufbau Syriens bilden.

Das GEW-Referat Internationales steht in engem Austausch mit der Partnergewerkschaft in Nord- und Ostsyrien. Wir können dazu beitragen, Öffentlichkeit für ihre Situation herzustellen, indem wir in unseren gewerkschaftlichen oder anderen Zusammenhängen in Gesprächen oder Publikationen darüber informieren.

\* Der öffentliche Appell der Bildungsinternationalen (Education International): [ei-ie.org/en/item/29329:education-international-calls-for-humanitarian-intervention-and-support-for-education-in-northern-syria](http://ei-ie.org/en/item/29329:education-international-calls-for-humanitarian-intervention-and-support-for-education-in-northern-syria)



Ein Spendenkonto für die humanitäre Nothilfe wurde z. B. bei »medico international« eingerichtet: Syrien – Nothilfe für Rojava – medico international: [medico.de/nothilfe-fuer-rojava-19871](http://medico.de/nothilfe-fuer-rojava-19871)



**Koordinierungsgruppe Nord- und Ostsyrien in der GEW**

# Systematischer Wortbruch und gewerkschaftsfeindliche Kampagnen



**An der Universität Passau geht der Kampf studentischer Beschäftigter gegen die Tariffucht weiter. Im Sommersemester startete die Kampagne, welche zwischenzeitlich zu einem teilweisen Einlenken der verantwortlichen Universität geführt hatte, und doch läuft die Umsetzung des gemeinsamen Ergebnisses nach wie vor schleppend. Die Universität verzögert die Eingruppierung und verkündete kurz vor Weihnachten mindestens 50 Beschäftigten, dass es keine Vertragsverlängerung für sie geben wird.**

Allein an der Universität Passau sind circa 200 studentische Kolleg\*innen von der Tariffucht betroffen. Im Gegensatz zu den studentischen Beschäftigten, die wissenschaftsstützende Arbeit verrichten, müssten die Kolleg\*innen mit verwaltungstechnischen Aufgaben Teil des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sein. Der TV-L würde für die betroffenen Kolleg\*innen unter anderem knapp drei Euro mehr Stundenlohn bedeuten, sowie Zuschläge, Inflationsausgleich und mehr Urlaubstage. Erst letzten Sommer wurde mit breitem, öffentlichem Druck durch die GEW Passau eine mögliche Verbesserung erstritten. Die Universität Passau versprach im Juni die Eingrup-

pierung der betroffenen studentischen Beschäftigten in den TV-L in sechs bis neun Monaten.

Nur getan hat sich seitdem nichts. Im Gegenteil: Anfragen blieben unbeantwortet und während die Gespräche mit dem Personalrat keine Wirkung zeigten, wurde mit der Gewerkschaft erst gar nicht gesprochen – trotz mehrfacher Bitten. Der Anschein einer »Schweigen und Aussitzen«-Strategie machte sich, wie so oft an der Universität Passau, auch in diesem Fall wieder breit. Gleichzeitig wurde universitätsintern Stimmung gegen gewerkschaftliche Arbeit und Forderungen mit Angstnarrativen und Halbwahrheiten gemacht.

Aus diesem Grund kam es im Rahmen der Unternehmensmesse »Campus Meets Company« am 25. November 2024 zur Überreichung eines offenen Briefs an den Universitätskanzler Achim Dilling durch die GEW, unterzeichnet von Landes- und Bundespolitiker\*innen sowie unseren solidarischen Schwestergewerkschaften. Darin wurde unter anderem die Strategie des Aussitzens vonseiten der Universitätsleitung sowie die Diffamierung und Feindmarkierung der engagierten studentischen Beschäftigten kritisiert. Die Verantwortlichen in der Universität

Passau nahmen währenddessen nicht ihr eigenes Handeln als Problem wahr. Der eigentliche Affront war für sie der offene Brief.

In der Weihnachtszeit kam es dann zu einer weiteren Eskalation: Trotz der Zusagen im Sommer, dass die Anschlussverträge in Arbeit seien, teilte die Universität nun mindestens 50 studentischen Beschäftigten wenige Tage vor den Feiertagen mit, dass ihr Arbeitsvertrag nicht verlängert werde, mit teilweise existenzbedrohenden Folgen. Intern ist dieser Wortbruch mit einem hasserfüllten Feindbild gegen die Gewerkschaft und ihre Vertreter\*innen verbunden. In Arbeitsmeetings wird durch Vorgesetzte die Gewerkschaftsmitgliedschaft abgefragt und zugleich gibt es weiterhin Stellenausschreibungen, die eigentlich im TV-L sein müssten und doch nicht so ausgeschrieben sind. Doch wir, die studentisch Organisierten in Passau, lassen uns nicht einschüchtern! Wir kämpfen trotz der zunehmenden Eskalation weiter für alle betroffenen Kolleg\*innen.

**von Simon Uhl**

Vorstandsmitglied  
GEW-KV Passau



# Warum »Öffentlich-private-Partnerschaften« abzulehnen sind



**Während die bayerische Landesregierung versucht, dem Lehrkräftemangel in Grund- und Mittelschulen mit Werbekampagnen und Mehrarbeit der Kolleg\*innen im Schuldienst gegenzusteuern, ist zum Redaktionsschluss dieser DDS unklar, wo die rund 3.000 Grund- und Mittelschullehramtsstudierenden der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg künftig studieren sollen.**

Der Campus Regensburger Straße – auch erziehungswissenschaftliche Fakultät oder kurz EWF genannt – der FAU galt schon lange als Paradebeispiel für die Baufälligkeit der Universitäten. Bei einer FAU-Studierendenbefragung 2021 gaben nur 10,6 Prozent der Lehramtsstudierenden<sup>1</sup> an, mit der Gebäudesituation zufrieden zu sein. Dieser Wert liegt FAU-weit deutlich unter dem Nürnberger universitätsweiten Durchschnitt von 32,7 Prozent<sup>2</sup>.

Die Dringlichkeit eines Neubaus, die im Jahr 2022 in einen konkreteren Plan mündete, sorgte dafür, dass weder Plan noch Umsetzung groß hinterfragt wurden. Nur die GEW-Studis an der FAU kritisierten schon damals, dass der neue Campus als Öffentlich-private-Partnerschaft (ÖPP) entstehen soll. Zwei Jah-

re später liegt das Bauprojekt auf Eis. Der Grund: die Pleite der Gerchgroup, eines der beteiligten Investoren – ein bekanntes Risiko von ÖPPs. Nichtsdestotrotz scheint ein Umdenken nicht zu erfolgen. Vielmehr zeichnet sich derzeit ab, dass das Bauprojekt erneut als ÖPP ausgeschrieben werden soll, auf dass sich ein neuer Investor findet, wodurch sich der Neubau weiter verzögern wird. Ein guter Anlass, um die grundsätzliche Kritik der GEW-Studis an diesem Privatisierungsmodell wieder ins Gedächtnis zu rufen.

## Was sind ÖPPs?

Nora Kaltenbeck vom Bayerischen Rundfunk fasste das ÖPP-Problem 2022 gut zusammen: »Das Projekt wird in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) als sogenannter Bestellbau errichtet. [...] Das bedeutet, dass ein Investor auf seinem Grundstück ein Gebäude nach den Vorgaben des Freistaats errichtet, im Gegenzug mietet es der Freistaat für mindestens 20 Jahre fest an. Danach ist eine Ankaufoption für Bayern vorgesehen.«<sup>3</sup>

Das heißt: Der Freistaat baut sein Gebäude nicht selbst, sondern überlässt das einem privaten Investor, der

eine vertraglich garantierte Miete über 20 Jahre bekommt. Danach kann der Freistaat das Gebäude abkaufen.

## Was ist das Problem?

ÖPPs sind eine relativ sichere und ertragreiche Anlagemöglichkeit für Investoren. Außer ihnen profitiert davon aber eigentlich niemand. ÖPPs sparen keine Kosten, sind auch nicht weniger bürokratisch. Der Freistaat spart sich zwar die Bauplanung und -leitung, die dann allerdings der private Investor in Rechnung stellt. Vorab muss der Freistaat bzw. die Uni jedoch alle Anforderungen an das Gebäude sehr genau definieren und vertraglich absichern. Schließlich hat man in der Folge keine Kontrolle mehr über den Bau. So muss etwa genau festgelegt werden, welche Räume wohin gebaut und an welcher Stelle wieviele Steckdosen (!) angebracht werden sollen.

Nachdem der Freistaat nach Schlüsselübergabe 20 Jahre lang meist über dem Marktwert Miete gezahlt hat, ist er faktisch gezwungen, das Gebäude zu kaufen. Schließlich ist in dem Gebäude nach wie vor Universitätsbetrieb. Statt Kosten durch eine ÖPP zu sparen, zahlt der Staat also häufig sogar drauf. Der

einzigste Vorteil für ihn ist, dass sich die Ausgaben weit in die Zukunft verschieben und »Schulden« scheinbar vermieden werden.

Investoren verfolgen bekanntermaßen den Zweck, aus Geld noch mehr Geld zu machen. Dieser Profit muss irgendwo herkommen. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten, die sich gegenseitig nicht ausschließen: Entweder sackt der Investor unterm Strich deutlich mehr Geld ein, als der Bau das Land gekostet hätte, oder er baut deutlich billiger, spart also tendenziell bei denjenigen, die bauen und planen – also bei den Löhnen.

Diese Art der Privatisierung beschränkt sich oft nicht nur auf die Bau-tätigkeiten. So betreiben in Berlin Investoren im Rahmen von ÖPPs auch die von ihnen gebauten Schulgebäude. Hausmeister\*innen, Beschäftigte der Gebäudeverwaltung etc. sind dort also nicht mehr beim Staat, sondern bei oft nicht tarifgebundenen Firmen angestellt und diesen gegenüber verantwortlich.

Warum setzt der Freistaat darüber hinaus auf ÖPPs? Nun ja, Manager\*innen müssen keine Angst haben, nicht wiedergewählt zu werden, und sie agieren meist abseits der Öffentlichkeit. Auch wenn Bayern kein Paradies der Transparenz ist, herrscht für die öffentliche Hand zumindest kein absolutes Geschäftsgeheimnis. Wenn immer mehr ominöse Akteur\*innen involviert sind und für schlechte Bildung sorgen, wird es auch immer schwerer, sich dagegen zu wehren.

## Unsozial, aber effizient?

Beispiele für ÖPP-Aufträge aus der Vergangenheit, wie Scheuers Autobahn GmbH auf Bundesebene, zeigen, dass die vermeintlich günstigeren ÖPPs den Staat am Ende zumeist deutlich mehr als ursprünglich angenommen kosten. Mit ÖPPs werden also aus den ohnehin schon zu knapp bemessenen Mitteln für Bildung Profite für Investoren subventioniert, die dann ihre Beschäftigten und Unterfirmen oft mittels Outsourcing und Tariffucht ausbeuten. Außerdem ist die vermeintliche Effizienz, wie selbiges Beispiel auch zeigt, meist ein leeres Versprechen: Die Projekte ziehen sich deutlich länger hin, da die Privatwirtschaft anfällig für Krisen aller Art ist und ein privater Betreiber

auch pleitegehen kann. Davor warnten die Nürnberger Studierenden übrigens bereits 2022 und nun ist genau das eingetreten. Da das Gelände, auf dem gebaut werden sollte, der Investorengruppe gehört, muss nun nicht nur ein neuer Bauträger, sondern auch ein neuer Standort gefunden werden – in dieser Größe und möglichst zentral keine leichte Aufgabe. Verzögerungen, die die Kosten erhöhen. Vor zwei Jahren hatte die EWF noch eine Betriebs-erlaubnis bis 2024. Diese wurde nun bis 2026 verlängert. Im laufenden Uni-betrieb wird das Gebäude nun immer wieder notdürftig »verarztet«, Baulärm inklusive. Das Geld, das für diese Not-renovierungen aufgewendet werden muss, wäre in einem frühzeitig geplanten öffentlichen Bauprojekt sicherlich besser aufgehoben gewesen. Ob das notdürftige Instandhalten auch noch über 2026 hinaus möglich ist, ist fraglich. Am Ende könnte eine »Container-uni« drohen.

Die Studierenden, die zum Wintersemester 2025 ein Grund- oder Mittelschullehrstudium in Nürnberg beginnen möchten, können sich also nicht sicher sein, wo sie dann mindestens fünf Jahre lang studieren werden. Selbst diejenigen, die schon mitten im Studium sind, sind von der Ungewissheit betroffen. Eine zumindest zeitweise Verlegung des Campus nach Erlangen ist derzeit zwar noch nicht angedacht, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden und wurde bereits öffentlich diskutiert. Auch als Arbeitsplatz für derzeit rund 400 Beschäftigte wird die EWF nicht attraktiver. Ketten-

befristungen von Arbeitsverträgen der Beschäftigten sind an deutschen Universitäten leider üblich. An der »Weltspitze der Innovation«<sup>4</sup> geht man einen Schritt weiter. Hier werden sogar die Umgebäude befristet – auf maximal zwei Jahre, Zukunft ungewiss.

**von Eva-Maria Huber**

ehemals aktiv bei den GEW-Studis der FAU

und

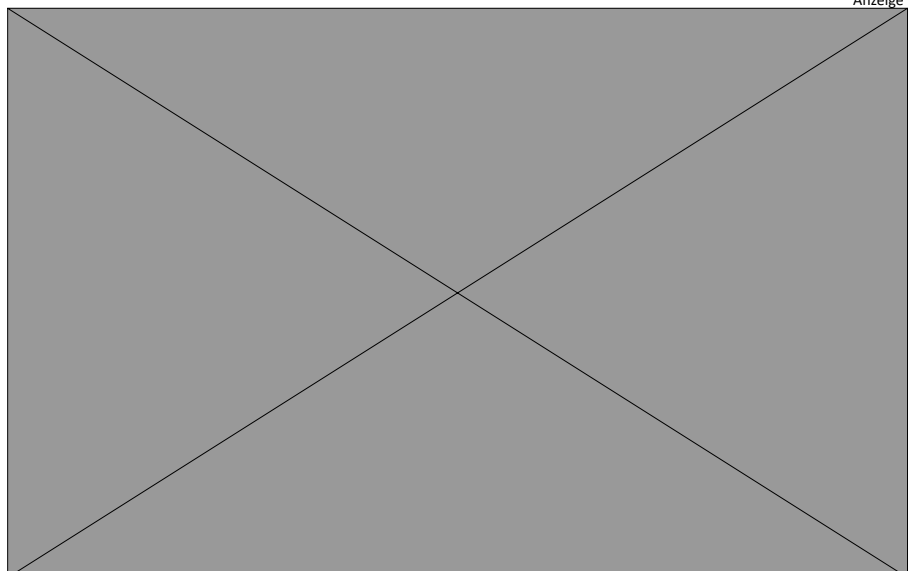
**Lukas Eitel**

aktiv bei den GEW-Studis der FAU

Anmerkung der Autor\*innen: Der Mittelteil des Artikels ist eine korrigierte und aktualisierte Version unserer Stellungnahme »Was sind ›Öffentlich-private-Partnerschaften‹ (ÖPP) und wieso sind die schlecht?«, die wir vor mittlerweile zwei Jahren auf unserer Homepage ([studis-fau.gew-bayern.de](http://studis-fau.gew-bayern.de)) veröffentlichten.

- 1 Leider differenzierte man in der Befragung nicht zwischen den Schularten. Gymnasiallehramtsstudierende studieren nicht an der EWF. Sie besuchen vorwiegend Lehrveranstaltungen mit Bachelor- und Masterstudierenden der jeweiligen Fächer in Erlangen. Da Letztere jedoch im Schnitt zufriedener waren, ist davon auszugehen, dass eine Befragung ausschließlich unter Grund- und Mittelschullehr-amtsstudierenden zu einem noch schlechteren Ergebnis geführt hätte.
- 2 Abschlussbericht zur FAU-Studierendenbefragung FAU-St 2021; Download: [open.fau.de](http://open.fau.de)
- 3 Nora Kaltenbeck: Neubau für Erziehungswissenschaften der Uni in Nürnbergs Norden. [kurzelinks.de/xes9](http://kurzelinks.de/xes9)
- 4 FAU weiter Weltspitze bei Innovation. Pressemitteilung v. 12. Juni 2024, [fau.de/2024/06/news/the-ranking](http://fau.de/2024/06/news/the-ranking)

Anzeige



# Uni Augsburg leidet unter neuem Hochschulgesetz. Ihr auch?

**Vor zwei Jahren führte die bayerische Landesregierung ein neues Hochschulgesetz, das Hochschulinnovationsgesetz, ein. Es wollte innovativ sein, die hiesigen Hochschulen für die Zukunft aufstellen. Doch erste Konsequenzen daraus entsprechen eher dem, was Kritiker\*innen schon von Anfang befürchteten: Kürzungen, Kommerzialisierung, eine Katastrophe für den geisteswissenschaftlichen Bereich. Ein Erfahrungsbericht aus Augsburg.**

In den letzten Jahren ist kaum ein Gesetzesvorhaben auf so viel organisierten Widerstand gestoßen wie das »Hochschulinnovationsgesetz« der bayerischen Regierung. Landesweiter studentischer Protest, Petitionen mit über 9.000 Unterzeichner\*innen zeugten von dem Unmut darüber. Auch die vorzeitige Entlassung des federführenden Ministers Bernd Sibler kann durchaus in diesem Kontext verstanden werden.

## Gesetz verankert wirtschaftliche Interessen

Was die Betroffenen vor allem sorgte, war die mit dem Gesetz einhergehende Verankerung wirtschaftlicher Interessen direkt im Hochschulgesetz. Das Mitspracherecht privatwirtschaftlicher Einzelpersonen in der Hochschule führte zu einer Rechtsnormänderung, welche Universitäten mehr an den Status eines Unternehmens und weg von dem eines öffentlichen Gutes bringen sollte. Damit erhöhte sich die Bedeutung von Drittmitteln bei der staatlichen Zuteilung von Forschungsgeldern enorm. Viele Kritiker\*innen, nicht nur

aus den Geisteswissenschaften, setzen dies einem Kahlschlag gleich.

## Gesellschafts- und Geisteswissenschaften in Finanznot

Auch wenn aufgrund des für die Union unerwartet heftigen Widerstands einige der radikaleren Ideen keinen Einzug ins neue Gesetz fanden, hielten sich die Sorgen der geisteswissenschaftlichen Fakultäten. Wie sich an einem aktuellen Beispiel an der Universität Augsburg zeigt, völlig zu Recht. Mitarbeiter\*innen wurden dort zu Beginn des Jahres von der Ankündigung überrascht, dass die noch bis vor Kurzem als sicher geltende Finanzierung gerade der geisteswissenschaftlichen Fakultäten nun vor einem durchaus als radikal zu bezeichnenden Vorgang komplett umgestaltet werden müsse.

Was war passiert? Das Wissenschaftsministerium verlangt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes von den Universitäten die Bereitstellung von sogenannten »Innovationsfonds«, deren Gelder vor allem in die Ausgestaltung von für Drittmittel und Investoren attraktivere Studiengänge fließen sollen. Da gleichzeitig von Landesseite aus keine erhöhten Zuschüsse an die Hochschulen gehen, zwingt man diese sukzessive dazu, interne Finanzierungspläne aufzubrechen. Die daraus resultierenden Konsequenzen sind nun besonders in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften zu spüren. Auch wenn bei Redaktionsschluss dieser DDS noch kein konkret ausgearbeiteter Plan vorliegt, wie mit dieser neuen Finanzsituation umgegangen wird, ist bereits jetzt klar, dass enorme finanzielle Einschnitte und ein massiver Stellenab-



GEW-Kundgebung gegen das Hochschulgesetz am 1.12.2020

bau folgen werden. Die Zukunft ganzer Fachbereiche steht auf wackeligen Füßen, Dutzende Stellen werden bis 2026 abgebaut.

Da die Vorgaben zur finanziellen Restrukturierung von der Landesregierung ausgehen, werden diese Entwicklungen bei der Uni Augsburg kein Einzelfall in Bayern sein. Doch es gibt einen Lichtblick: Aus der Zeit vor dem neuen Hochschulgesetz wissen wir, dass organisierter Widerstand einen nennenswerten Erfolg erzielen kann.

Deshalb: Wenn auch eure Hochschule oder konkreter euer Arbeitsplatz von den De-facto-Kürzungen durch das neue Hochschulgesetz betroffen ist, berichtet uns davon (Kontakt: doro.weniger@gew-bayern.de).

Das »Innovationspaket« stellt sich mehr und mehr als eine der größten Gefahren für einige der aktuell wichtigsten Wissenschaftsbereiche heraus. Tun wir was dagegen!

### von Manuel Bühmaier

Mitglied der GEW-Studis Augsburg  
Mitglied des Bezirksvorstandes der GEW Schwaben  
Mitglied der DDS-Redaktion



# Wer streikt, ist Verfassungsfeind\*in?

## Arbeitsgericht bestätigt Berufsverbot an TU München

**Nach einer zweijährigen Auseinandersetzung wies das Münchner Arbeitsgericht meine Klage gegen den Freistaat Bayern am 14. August 2024 zurück. Der Richterinnenspruch ist eindeutig politisch. Auch wenn sie nie wirklich weg waren: Berufsverbote sind damit offiziell zurück. Das Urteil stellt durchaus eine Zäsur dar. Die »Zeitenwende« hält Einzug in die Gerichte.**

Der Fall ist mittlerweile bundesweit bekannt. Als mir die Personalabteilung der TU München (TUM) im August 2022 trotz fachlicher Eignung und Zusage der Lehrstuhlinhaberin in einem fragwürdigen Prozedere die Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter verwehrte, reichte ich Klage gegen den Freistaat Bayern ein. Zwei Prozesstage wurden angesetzt. Der eine, um über arbeitsrechtliche Formalitäten zu diskutieren, der andere, um über meine politische Einstellung als bekennender Marxist zu streiten. Meine öffentlich einsehbaren Positionen zu Kapitalismus, Polizeigewalt, Rassismus, Staat und Demokratie hätten Zweifel an meiner Verfassungstreue aufkommen lassen, so die Kurzfassung der staatlichen Verteidigungsschrift.

### Verwehrtes Arbeitsrecht aus politischen Gründen

Im August 2024 dann die Entscheidung durch Richterin Pres: Meine Klage auf Einstellung wird abgewiesen. In einer 30-seitigen Begründung übernimmt das Gericht teilweise krude politische Argumente des bayerischen Verfassungsschutzes, versucht sich gar an einer Marx-Exegese. Wer die Demokratisierung von Betrieben und konsequente Streiks fordere, wer Staatskritik übe und gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen wolle, der/die sei Verfassungsfeind\*in und dürfe nicht im öffentlichen Dienst arbeiten. Stand jetzt wäre es damit auch Albert Einstein, Autor der Schrift »Why Socialism?«, verboten, an bayerischen Universitäten zu forschen und zu lehren.



Dabei gibt die Richterin mir formal sogar recht. Denn die TUM hatte ohne mein Wissen – und damit rechtswidrig – noch während des Einstellungsprozesses eine bereits an der Universität beschäftigte Wissenschaftlerin auf die Planstelle gesetzt, auf die ich mich beworben hatte und für die ich von der zuständigen Professorin ausgewählt worden war. Das Gericht ließ feststellen: *»Gemessen an diesen Maßstäben hätte der Kläger jedenfalls Anspruch auf die Wiederherstellung (der Stelle).«*

Doch das Arbeitsrecht scheint für politische Gewerkschaftskolleg\*innen, wie ich es bin, nicht zu gelten: *»Auch in Gestalt des Anspruches auf Wiederherstellung ist Voraussetzung für die vom Kläger begehrte Einstellung, dass die ablehnende Entscheidung rechtswidrig oder ermessensfehlerhaft ist und sich mithin die Einstellung als die einzig rechtmäßige Entscheidung [...] erweist. Der Beklagte durfte ermessensfehlerfrei darauf abstellen, dass der Kläger für die im Raum stehende Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl nicht geeignet war.«*

»Nicht geeignet« bedeutet hier: Es bestehen Zweifel an meiner Verfassungstreue. Und »die Zweifel« der Personalabteilung seien laut Gericht nachvollziehbar. Das Gericht bestätigte damit das Vorgehen der TUM: Ich wurde aus rein politischen Motiven abgelehnt. Möglich wird solch ein Urteil in Bayern durch den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Denn hier steht in § 3 »Allgemeine Arbeitsbedingungen«: *»Die Beschäftigten*

*müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen.«*

### Auch ein Urteil gegen Gewerkschaften und Streikrecht

Welcher Sinn des Grundgesetzes dabei gemeint ist, interpretiert dann die Justiz. Hört sich erstmal rechtsstaatlich an. Das Urteil sollte uns als Gewerkschafter\*innen jedoch gehörig zu denken geben. Denn das Münchner Arbeitsgericht interpretiert das Grundgesetz äußerst gewerkschaftsfeindlich und greift grundlegende Gewerkschaftspositionen wie das Streikrecht, Enteignungsforderungen und die Demokratisierung von Betrieben an. Es stehen zudem auch bürgerlich-demokratische Rechte zur Diskussion, wie die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Konkret äußern sich diese Angriffe darin, dass das Gericht die Demokratisierung von Betrieben sowie politische Streiks und »Erzwingungsstreiks« als rechtswidrige Mittel definiert, die es als »Nötigungshandlungen« gegenüber der Kapitaleseite verstanden haben will: *»Das Gleiche gilt, wenn er zu einem ›politischen Streik gegen die Ausbeutung und Unterdrückung‹ aufruft – das kann als ›Lahmlegen‹ von z. B. Betrieben oder Behörden verstanden werden, was zumindest Nötigungshandlungen beinhaltet.«*

Nun ist der Streik eine kollektive Verweigerung der Arbeit unter nicht



hinnehmbaren Bedingungen. Der Entzug der Arbeitskraft, also etwas nicht mehr zu tun, wird hier zu einem kriminellen Akt gegenüber dem\*derjenigen umgedichtet, der\*die möchte, dass man genau das tut, was man unter bestimmten Bedingungen nicht mehr tun möchte. Das ist auf einer anderen Ebene die gleiche Logik, nach der die Vergewaltigung in der Ehe bis 1997 in Deutschland straffrei war. Dabei ist das Recht auf Streik grundgesetzlich verankert. Laut dem Münchner Arbeitsgericht sei aber nun die Forderung, Streiks politisch und bis zum Ende zu führen, rechtswidrig: »Die vom Kläger angestrebten Veränderungen sollen [...] durch rechtswidrige Mittel erfolgen, denn der Kläger propagiert in diesem Zusammenhang ›die Organisation des politischen Streiks gegen die Ausbeutung und Unterdrückung‹.«

Mit dieser Argumentation könnte man etwa die gemeinsamen Aktionen von ver.di und Fridays for Future im Kontext des »Klimastreiks« als rechtswidrig deklarieren. Grundsätzlich können so alle Streikenden zu Verfassungsfeind\*innen erklärt werden. Die Justiz leistet hier Vorschub für den Angriff auf gewerkschaftliche Organisierung und Aktionen bei kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Dazu passen die immer lauter werdenden Rufe nach Einschränkung des Streikrechts aus den Reihen der CDU/CSU, FDP und AfD.

Richterin Pres geht sogar noch weiter in ihrem Rundumschlag gegen die Rechte von Arbeiter\*innen, indem sie formuliert: »Soweit der Kläger darauf verweist, dass er in dem Artikel bzgl. der Demokratisierung von Betrieben und der Organisation von politischen Streiks auf die Bildung einer Partei verwiesen habe, ändert das nichts, denn die Partei, die solche Ziele mit solchen Mitteln verfolgte, würde ihrerseits zu rechtswidrigem Handeln aufrufen.«

Die Demokratisierung von Betrieben, eine grundlegende Forderung der Gewerkschaften, definiert das Gericht also auch als rechtswidriges Mittel. Zwar wird hier nicht offen davon geschrieben, dass auch Betriebsrät\*innen zur Demokratisierung der Betriebe beitragen können, doch erleben wir gerade eine Explosion von Anwaltskanzleien, die sich auf Union Busting spezialisieren, und in den letzten Jahren eine Vielzahl von Angriffen auf aktive und besonders gewerkschaftliche Betriebsrät\*innen. Da passt diese Rechtsprechung wunderbar in die neue Politik der inneren und äußeren Sicherheit.

### Das Urteil muss politisch aufgearbeitet werden

Ich habe die Frist zur Berufung gegen das Urteil des Münchner Arbeitsgerichts Anfang Dezember 2024 verstreichen lassen. Meine Anwältin, die ehemalige Bundesjustizministerin Prof.

Dr. Herta Däubler-Gmelin, hatte mir dazu geraten. Vor dem bayerischen Landesarbeitsgericht sei kein anderes Urteil zu erwarten. Zudem seien mit dem Fokus auf die zwei großzügig auslegbaren Begriffe »Ermessensspielraum« und »Zweifel« Kategorien in das Urteil eingebaut, gegen die man weder juristisch noch logisch argumentieren könne. Besonders, weil das Gericht dabei die politische Linie des bayerischen Verfassungsschutzes übernommen habe. Die Weiterführung des Prozesses hätte die ehemalige Bundesjustizministerin dem ver.di-Rechtsschutz daher auch aus Gewissensgründen nicht empfehlen können. Zumal so womöglich ein Präzedenzfall für die ganze Bundesrepublik geschaffen worden wäre. Das Urteil sei jedoch eine Frechheit und müsse nun politisch aufgearbeitet werden.

Gegen derlei Entwicklungen in Staat und Behörden gilt es für uns als Arbeitende nicht nur wachsam zu sein. Eine Zuspitzung der Verhältnisse ist nicht mehr von der Hand zu weisen. Repressionen an den Universitäten und in den Betrieben sind nur zurückzuschlagen, indem wir uns organisiert verteidigen.

von Benni Ruß

Foto: Sophia Lukasch



#### Buchtipp

#### Steuererklärung 2024. Ratgeber für die Veranlagung 2024 plus Steuerfreibeträge 2025 Wer richtig absetzt, wird belohnt!

**Typische Aufwendungen der Beschäftigten im Bildungsbereich** sind Arbeits- und Unterrichtsmaterialien, ein Arbeitszimmer bzw. die Homeoffice-Pauschale, Computerabschreibung und digitale Wirtschaftsgüter, Klassenfahrten, außerunterrichtliche Veranstaltungen und Fortbildungen, Telefon- und Portokosten, Fachbücher und Fachzeitschriften, Fahrtkosten zur Arbeitsstelle, GEW-Beitrag und berufliche Versicherungen. **Eine Steuererklärung ist deshalb sinnvoll.** Genaue Informationen dazu geben wir euch in dem hier angezeigten aktuellen Ratgeber (vollständig aktualisierte 7. Auflage). Mit zusätzlichen Kapiteln für Anwärter\*innen, Referendar\*innen, Rentner\*innen und Pensionär\*innen.

**Zum Autor:** Kurt Wiedemann war bis 2022 langjähriger ehrenamtlicher Richter beim Finanzgericht Baden-Württemberg. Er führte für die GEW die Arbeitszimmerklage über den Bundesfinanzhof bis zum Bundesverfassungsgericht.

Kurt Wiedemann: Steuererklärung 2024. Ratgeber für die Veranlagung 2024 plus Steuerfreibeträge 2025  
Stuttgart 2025 • Süddeutscher Pädagogischer Verlag GmbH • Verlag der GEW Baden-Württemberg  
7. Auflage • 70 Seiten, DIN-A4 • 8 EUR inkl. MwSt. für GEW-Mitglieder • 12 EUR inkl. MwSt.  
ISBN 978-3-944970-54-7 oder als E-Book (ePDF)  
Bestellung bitte an: [spv-s.de/buecher/steuern/steuererklaerung-1.html](http://spv-s.de/buecher/steuern/steuererklaerung-1.html)



**Im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit werden zu der Broschüre auch Seminare angeboten:** am 7. April online für Referendar\*innen, am 7. Mai abends für Beschäftigte und am 8. Mai tagsüber für Senior\*innen. Ort: Voraussichtlich Nürnberg, weitere Informationen folgen. Der GEW-Stadtverband München plant ebenfalls zwei Veranstaltungen am 1. April für aktiv Beschäftigte und am 2. April für Senior\*innen. Informationen zu den Seminaren mit Hinweisen zur Anmeldung folgen.

# 10 Jahre Refugee Law Clinics in Deutschland



Das Team der Refugee Law Clinic Regensburg engagiert sich für die Rechte geflüchteter Menschen.

**Refugee Law Clinics wie jene in Regensburg sind unverzichtbare Anlaufstellen für Geflüchtete, die dringend rechtliche Unterstützung benötigen. Diese studentisch geführten Initiativen bieten nicht nur praxisnahe Ausbildung für Jurastudierende, sondern sind ein wesentlicher Baustein für einen gerechten Zugang zum Recht.**

Law Clinics werden zu einem immer wichtigeren Bestandteil der juristischen Ausbildung, mittlerweile auch in Deutschland. Besonders häufig finden sich Refugee Law Clinics, die sich mit den rechtlichen Belangen geflüchteter Menschen befassen. Es gibt aber auch Law Clinics mit dem Fokus auf Menschenrechte, Umwelt- oder Internetrecht. Allen gemeinsam ist, dass sie Jurastudierenden durch die Beteiligung an realen Rechtsfällen eine praktische juristische Ausbildung bieten. Dieser Ansatz ermöglicht es ihnen, bereits während des Studiums zentrale berufspraktische Fähigkeiten zu erwerben. Dazu gehören juristische Recherche, Gespräche mit Mandant\*innen und der Umgang mit Behörden. Gleichzeitig entwickeln sie ein Gespür für juristische Taktiken, das für ihre spätere be-

rufliche Tätigkeit von entscheidender Bedeutung sein kann. Darüber hinaus erfüllen Law Clinics eine wichtige gesellschaftliche Funktion, indem sie kostenlos Rechtsdienstleistungen für Bevölkerungsgruppen anbieten, die sonst oft davon ausgeschlossen sind. Sie fördern somit den Zugang zum Recht und gehen dringende soziale Probleme an. Law Clinics verfolgen damit eine doppelte Mission: Sie verbessern die juristische Ausbildung und fördern den Zugang zum Recht.

## Begriff

Die Studierenden sollen in den Law Clinics nicht allein auf Grundlage traditioneller Lehrpläne beziehungsweise des Besuchs von Vorlesungen oder des abstrakten Lernens in der Bibliothek, sondern »klinisch« ausgebildet werden. Hinter dem Wort *clinic* steht das griechische *κλινικος*, was so viel bedeutet wie »vom Bett aus«. Das Konzept kommt aus der Ausbildung in der Medizin, in der Studierende direkt am Krankenbett der Patient\*innen lernen. Diese Idee lässt sich auf das Jurastudium übertragen: Statt anhand abstrakter und realitätsfremder Fälle aus Lehrbü-

chern zu lernen, lösen die Studierenden in den Law Clinics echte Fälle, die das Leben schreibt.

## Rolle der Law Clinics

Mittlerweile gibt es über 76 Law Clinics in ganz Deutschland. Die meisten wurden im Jahr 2015 gegründet, als sich durch den vermehrten Zuzug von Geflüchteten der Bedarf an niedrigschwelliger Rechtsberatung erhöhte. Der Großteil der Law Clinics ist an Universitäten angegliedert, manche operieren aber auch weitgehend selbstständig. Der Erfolg von Law Clinics steht und fällt dabei stets mit den dahinterstehenden Professor\*innen und studentischen Initiativen, da sich die Law Clinics oftmals in keine festen Strukturen einfügen, sondern vom Engagement und der Motivation Einzelner abhängig sind.

Die Beratungslandschaft in Deutschland ist vielfältig, doch nicht immer leicht zugänglich. Staatliche Programme wie die »Beratungshilfe« oder »Prozesskostenhilfe« bieten zwar Unterstützung für einkommensschwache Personen, jedoch sind diese Programme oft durch bürokratische Hür-

den und eine ungleiche Verteilung der Ressourcen gekennzeichnet. Gerade in ländlichen Gebieten oder bei komplexen Fällen stoßen diese Angebote an ihre Grenzen. Hier setzen Law Clinics an, die dabei nicht als Konkurrenz zu bestehenden Angeboten zu sehen sind, sondern als Ergänzung und Verstärkung. Während staatliche Programme oft generalistisch und ressourcenbeschränkt sind, können die »Kliniken« spezifische rechtliche Bedürfnisse abdecken. Durch ihre enge Verknüpfung mit Universitäten und die direkte Einbindung von Studierenden bieten sie eine flexible und praxisnahe Beratung, die sich schnell an neue Herausforderungen anpassen kann.

## Refugee Law Clinic Regensburg

Die Refugee Law Clinic Regensburg ist eine der fünf Refugee Law Clinics in Bayern. Neben Regensburg gibt es auch in Würzburg, Erlangen-Nürnberg, München und Passau eine Refugee Law Clinic. Im bundesweiten Vergleich handelt es sich bei jener in Regensburg um eine sehr praxisorientierte Law Clinic mit einer hohen Zahl an beratenen Mandant\*innen Jahr für Jahr. Das studentische Projekt der Refugee Law Clinic Regensburg gründete sich im Jahr 2015 am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politik an der Universität Regensburg unter Professor Alexander Graser. Die Clinic bietet kostenlose studentische Rechtsberatung für Geflüchtete. Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Asyl- und Ausländerrecht sowie die damit verbundenen Sozialrechtsfragen. Den sozial benachteiligten Personengruppen wird auf diesem Wege der Zugang zu einer qualifizierten Rechtsberatung ermöglicht und die Studierenden sammeln praktische Erfahrung in der Mandatarbeit. Sie arbeiten zu verschiedensten Fragestellungen. Ein Großteil der Anfragen konzentriert sich derzeit auf Anhörungsvorbereitungen, Beratungen bei abgelehnten Asylanträgen und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Das Spektrum ist also sehr breit und vielfältig – stets abhängig von der jeweiligen Zeit.

Die Refugee Law Clinic Regensburg wird von einem Leitungsrat getragen – ein jährlich gewähltes Führungsgre-

mium aus fünf Studierenden. Die Fallarbeit erfolgt über ein internes Fallvergabesystem durch Teams von zwei bis drei Studierenden, die Gespräche mit den Mandant\*innen führen, juristische Dokumente vorbereiten und die Behördenkommunikation übernehmen. Die Studierenden arbeiten dabei weitgehend selbstständig. Jeder Fall wird von einem\*r Volljurist\*in begleitet, der\*die bei rechtlichen Fragen unterstützt. Außerdem gibt es eine kontinuierliche Supervision durch lokale Rechtsanwält\*innen.

Daneben werden regelmäßige Ausbildungsveranstaltungen im Asyl- und Migrationsrecht angeboten. Die Refugee Law Clinic ist jedoch so konzipiert, dass ein Lernen direkt am Fall stattfinden soll. Dies ermöglichen wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen der Fakultät und Pro-bono-Rechtsanwält\*innen<sup>1</sup>, indem sie die Studierenden konstant unterstützen.

Seit ihrer Gründung hat die Refugee Law Clinic Regensburg über 1.000 Menschen »verarztet«. Über die Jahre hat sie einen Mitgliederbestand von über 400 Personen aufgebaut, von denen jedes Jahr zwischen 20 und 40 Studierende aktiv beraten. Die Beratungen



werden per E-Mail angefragt, da keine offenen Sprechstunden angeboten werden. Das Angebot kommt primär Mandant\*innen im Großraum Regensburg (Oberpfalz/Niederbayern) zugute.

Innerhalb der letzten Jahre hat die Refugee Law Clinic Regensburg ihr Beratungsspektrum um mehrere Projekte erweitert und sich gleichzeitig spezialisiert. Im Projekt »Ankerzentrum« beantworten Beratende wöchentlich Fragen der Ankommenden direkt im örtlichen Ankerzentrum und bieten Präsentationen zu den wichtigsten Schritten an. Im Projekt »Ukraine« wird den ankommenden ukrainischen Vertriebenen ein schnelleres und einfacheres Einleben ermöglicht. Das Projekt »Abschiebungshaft« berät Personen in Abschiebungshaft über ihre rechtlichen Perspektiven und unterstützt gege-

benenfalls im gerichtlichen Verfahren gegen rechtswidrige Beschlüsse.

Diese praxisnahe Ausbildung ist ein wesentlicher Bestandteil der juristischen Ausbildung, der in traditionellen Lehrplänen oft zu kurz kommt. Durch die direkte Arbeit mit realen Fällen entwickeln die Studierenden nicht nur fachliche Fähigkeiten, sondern auch wichtige Soft Skills wie Empathie und Verantwortungsbewusstsein. Darüber hinaus zeigt die Erfahrung, dass viele der Studierenden, die in Law Clinics tätig waren, auch nach ihrem Studium in sozialen oder öffentlichen Institutionen tätig bleiben oder sich weiterhin ehrenamtlich engagieren. Damit tragen sie langfristig zur Stärkung des sozialen Rechtsstaats bei.

## Zugang zum Recht

Refugee Law Clinics ermöglichen es Menschen, die sonst keinen Zugang zu rechtlicher Unterstützung hätten, ihre Rechte durchzusetzen und sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren. Gleichzeitig tragen sie dazu bei, das Bewusstsein für die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen in der Gesellschaft zu schärfen, und fördern das Verständnis für die Bedeutung des Rechtsstaats. In einer Zeit, in der soziale Ungleichheiten und globale Herausforderungen wie Flucht und Migration zunehmen, leisten diese »Kliniken« einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Damit sind Refugee Law Clinics ein wesentlicher Baustein für einen umfassenden und gerechten Zugang zum Recht.

von  
**Dr. Nina Kerstensteiner**  
wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politik (Prof. Dr. Alexander Graser) Universität Regensburg



<sup>1</sup> Die Pro-bono-Tätigkeit von Anwält\*innen ist inhaltlich und qualitativ im Vergleich mit ihrer üblichen Tätigkeit nicht geringer einzuschätzen. Sie ist aber kostenlos.

# Bayerisches Landesprogramm der Sprach-Kitas – Rückblick und Ausblick



Seit Juli 2023 gibt es ein bayerisches »Landesprogramm zur Fortführung der Sprach-Kitas«. Das Besondere daran ist, dass es Qualifizierungen und Weiterbildungen hinsichtlich sprachlicher Förderung für das gesamte Personal einer Kita vorsieht, die die Qualität der Kinderbetreuung nachhaltig stärken sollen. Die Anbindung an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und die strukturelle Möglichkeit der Multiplikation sind weitere wichtige Aspekte des Programms. Ende 2024 lief das Programm aus. Gabriele Albrecht-Thum, Gewerkschaftssekretärin u. a. für den Bereich sozialpädagogische Berufe der GEW Bayern, fragte eine Sprach-Fachberaterin, die anonym bleiben möchte, nach dem Stand der Dinge.

**Gabriele Albrecht-Thum:** Vor ca. eineinhalb Jahren wurde das Bundesprogramm Sprach-Kita in ein bayerisches Landesprogramm überführt. Was hat sich damit verändert?

**Sprach-Fachberatung:** An erster Stelle ist die stärkere Fokussierung auf das Thema Interaktionsqualität und sprachliche Förderung zu nennen. Es sollen am Ende vor allem die Kinder, die über unzureichende sprachliche Kompetenzen verfügen, davon profitieren. Während der Laufzeit des Bun-

desprogramms, das dem bayerischen Landesprogramm vorgeschaltet war, war die Sprach-Kita allerdings viel breiter angelegt, sowohl bezüglich des thematischen Fokus als auch der Zielgruppe. Inhaltlich umfasste es die alltagsintegrierte sprachliche Bildung, die Inklusion, die Zusammenarbeit mit den Familien und den Einsatz digitaler Medien. Zudem wandte sich das Bundesprogramm an alle Kinder.

## Und wie bewertet ihr das?

Einerseits begrüßen wir es, dass der »rote Faden«, womit sich die Kitas beschäftigen sollen und was Ziel der Sprach-Kita in Bayern ist, nun deutlicher zu erkennen und etwas klarer ist. Andererseits engt uns die bayerische Ausrichtung des Programms sehr stark ein und geht zum Teil am Bedarf der Kitas vorbei: Die Kinder in den Kitas sind sehr heterogen, sie haben unterschiedlich großen Unterstützungsbedarf und auch bezüglich der Themen sind die Bedarfe viel komplexer und vielschichtiger, als das Programm vorsieht. Soll ich als Sprach-Fachberatung den Kitas dann sagen: Dazu kann ich jetzt leider nicht beraten, weil das zu wenig mit dem Thema Interaktionsqualität zu tun hat? Schwierig. Zumal wir froh sind, dass wir aufgrund des guten Vertrauensverhältnisses viele Themen offen

und fachlich fundiert mit den Kitateams bearbeiten können.

## Welche Inhalte und Themen fließen derzeit in die Sprach-Kita ein?

Das Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP) hat die bereits vorhandenen, fundiert entwickelten Projekte und Ansätze zum Thema »Sprache« in die Sprach-Kita eingebracht: Dazu gehören z. B. die Sprachstandserhebungen Seldak/Sismik, der verpflichtende Vorkurs Deutsch, die Inhalte der BiSS-Lernplattform, der Selbstreflexionsbogen LiSKit. Es macht ja durchaus Sinn, über das Vehikel der Sprach-Kita diese Inhalte nochmals in die Kitas zu tragen.

## Aktuell wurde ein neues Gesetz zu den Sprachstandserhebungen und zur Sprachförderung in Kitas verabschiedet – ist das aus eurer Sicht der richtige Weg?

Es ist erst mal lobenswert, dass die Politik ein fundamental wichtiges Thema, nämlich die sprachliche Bildung, erkannt hat und sich hier engagiert um Lösungen bemüht. Das neue Gesetz ist aber nicht der richtige Weg. Die Kitafachkräfte fühlen sich ziemlich verhöhnt. Die Sprachstandserhebungen gehören seit eh und je zu ihren Aufgaben – sie wissen, welche Kinder Unter-

stützung bräuchten. Diese Unterstützung kann aber vielerorts nicht geboten werden, weil das Personal fehlt, sowohl in den Kitas als auch in den Schulen. Mit dem neuen Gesetz sind beide Institutionen verpflichtet, Vorkurse Deutsch anzubieten. Das Gesetz erhöht also den Druck, wobei gleichzeitig weiterhin die nötigen Ressourcen fehlen. In den Erläuterungen zum Gesetz heißt es, dass insbesondere die Kinder, die bislang nicht in die Kita gingen und nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen, erreicht werden sollen. Diese könnten aber auch erreicht werden, wenn das letzte Kitajahr verpflichtend würde.

**Bislang war das Landesprogramm noch in einer »Übergangsphase«. 2025 soll ein Konzept für die Zukunft der Sprach-Kita ab 2026 entwickelt werden. Werden dann 2025 die Sprachberatungen für die Kitas ausgesetzt?**

Nächstes Jahr läuft alles erst mal so weiter wie die letzten eineinhalb Jahre, die Arbeit wird fortgesetzt. Inhaltlich werden wir uns mit Videofeedback beschäftigen. Ob noch weitere, neue Inhalte seitens des IFP eingebracht werden, ist uns bislang nicht bekannt. Vielleicht haben wir dann noch mal Raum, Inhalte des Bundesprogramms aufzugreifen. Hier sind viele fantastische Materialien entwickelt worden! Diese sollten weiterhin in unsere Sprach-Kitaarbeit einfließen, alles andere wäre eine Ressourcenverschwendung.

**Noch einmal zurück zum Konzept für das Jahr 2026: Was sollten wichtige**

**Aspekte darin sein?**

In erster Linie wünschen wir uns endlich Sicherheit und Konstanz. Jedes Jahr mussten wir darum bangen, ob die Sprach-Kita weitergeht, ob unsere Jobs erhalten bleiben. Unsere qualitativ hochwertige Arbeit sollte in der Form wertgeschätzt werden, dass wir endlich eine dauerhafte, langfristige Perspektive erhalten. Toll wäre es, wenn jede Kita eine zusätzliche Sprachfachkraft bekäme und eine dauerhafte Fachberatung eingeführt würde, die jeweils zehn Kitas berät. Es soll zwar einen Ausbau der Sprach-Kita geben, aber die Unterstützung wird voraussichtlich zeitlich begrenzt bleiben. Die Sprachfachkräfte und Sprachfachberatungen müssten dann also nach einer gewissen Zeitspanne zu den nächsten Kitas »weiterwandern«. Viele Entwicklungen brauchen aber länger, insbesondere dann, wenn die Rahmenbedingungen – wie aktuell – schwierig sind. Weiter wünschen wir uns als Sprachfachberatungen mehr Partizipation und Mitsprache! Wir könnten einen wertvollen Beitrag leisten, wenn wir in die Überlegungen des IFP und des Sozialministeriums intensiver einbezogen würden. Wir wissen, wie die Realität in den Kitas aussieht, was geht und was nicht, was an der Sprach-Kita funktioniert und was nicht.

**Zum Beispiel?**

Wir haben weniger ein Wissens-, sondern eher ein Umsetzungsproblem. Das heißt, die Fachkräfte wissen in der Regel, was eine gute Interaktionsqualität ist, können diese aber oft nicht umsetzen. Zum einen, weil die Fachkräfte

wahnsinnig unter dem Personalmangel leiden und sich oft in einer Überforderungssituation befinden. In so einer Situation ist es natürlich extrem herausfordernd, feinfühlig und empathisch zu sein. Zum anderen bräuchte es eine noch viel engere Begleitung in der Praxis, vielleicht auch andere Methoden wie beispielsweise die fachliche Reflexion mithilfe des Videofeedbacks, die – wie gesagt – vom IFP als inhaltlicher Impuls in 2025 vermittelt wird. Doch das ist fast utopisch angesichts des Personalmangels und des daraus resultierenden Zeitmangels. Zuallererst müssten sich also die Rahmenbedingungen in den Kitas verbessern.

**Dazu gab es ja gerade auf Bundesebene eine Petition**

Ja, die Petition »Jedes Kind zählt« mit der Forderung, dass endlich bundeseinheitliche Qualitätsstandards festgelegt werden! Diese Qualitätsstandards umfassen erstens einen Mindestpersonalschlüssel, bei dem vor allem auch die Ausfallzeiten Berücksichtigung finden, zweitens zusätzliche Profilstellen wie Sprach- oder auch andere Profifachkräfte in jeder Kita, drittens eine dauerhafte fachliche Unterstützung und Begleitung durch Fachberatungen und viertens den Ausbau der Fachkraftausbildung. Bayern könnte hier ja mal Vorreiter werden!

**Das wünschen wir uns alle! Danke für das Gespräch.**



Die Fotos zu diesem Interview zeigen eine GEW-Kundgebung zum Erhalt der Sprach-Kitas vom 19.10.2022.

# Integration kann gelingen, wenn alle sie wollen



Das Foto zeigt Schüler\*innen der Städtischen Berufsschule zur Berufsintegration in München während eines Besuchs von Bundespräsident Steinmeier im Jahr 2017. Welche Politiker\*innen würden sich heute noch im Gespräch mit geflüchteten Jugendlichen zeigen? Foto: IMAGO / Sven Simon

**In den letzten Monaten gingen Meldungen durch die Presse, dass es zu Angriffen vonseiten Migrant\*innen auf andere Personen kam. Bevor wir über Maßnahmen wie über die faktische Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl und flächendeckende Abschiebungen diskutieren, sollten wir uns überlegen, was staatliche Institutionen, Bildungseinrichtungen, Gesellschaft und Medien leisten bzw. leisten sollten, um Neuzugewanderte aller Nationen hier gut ankommen zu lassen. Diese große Aufgabe darf nicht auf Ehrenamtliche abgewälzt werden, sondern muss institutionalisiert und das dort arbeitende Personal dauerhaft ordentlich bezahlt werden.**

Dringend nötig wäre für alle eingewanderten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, dass sie von Anfang an eine Schule, Erwachsene einen Sprachkurs besuchen können. Die Forderung, dass beides in den dafür zuständigen Institutionen und nicht in abgeschotteten Ankerzentren stattzufinden hat, muss endlich umgesetzt werden,

da Ankerzentren als Integrationsverhinderer fungieren. Die Menschen müssen den Alltag hier miterleben, damit sie sich in die Gesellschaft einfinden können. Separierung steht im Widerspruch zur Integration. In anderen Staaten gilt das Lernen der Sprache in den ersten Monaten nach der Ankunft im neuen Land als verpflichtend und wird solide finanziert. Anders in Deutschland: Hier vergehen zum Teil Jahre, bis die Menschen endlich die Sprache lernen dürfen. So wurde einem 20-Jährigen aus Syrien in Oberbayern zwei Jahre lang der Zugang zum Deutschkurs verwehrt. Jetzt ist er endlich in der Schule und glücklich. Trotzdem sind die letzten beiden Jahre für ihn und für Deutschland zwei verlorene Jahre.

## Versagen staatlichen Handelns

Die lange Wartezeit in abgeschotteten, menschenunwürdigen Unterkünften ohne Zugang zu Bildung führt bei manchen (!!!) zu großer Frustration und für sehr wenige Menschen in letz-

ter Konsequenz zum engen Schulterschluss mit vermeintlich Vertrautem wie Religion, der auch radikale Züge annehmen kann. Dies ließe sich aber durch gutes und schnelles Einbinden in die hiesige Gesellschaft verhindern.

Künftig darf es auch keine Ausnahme mehr bei der Schulpflicht geben, wie sie gegenüber ukrainischen Kriegsflüchtlingen gewährt wurde. In der Annahme, die Geflüchteten würden den ukrainischen Onlineunterricht »besuchen«, wurde ihnen mit der Aussetzung der Schulpflicht lange das vollständige Ankommen in Deutschland verwehrt. Heute, wo sie die hiesigen Bildungseinrichtungen besuchen, wissen wir Lehrkräfte, dass die Aussetzung der Schulpflicht in eine Null-Bock-Mentalität und das Gefühl, hier nicht ankommen zu sollen, mündete. Auch dieses Beispiel zeigt: Die fehlende Einbindung in die bestehenden Systeme führt zu fehlender Einbindung in die Gesellschaft. Ebenso muss das Kultusministerium die Soll- und Kannbestimmungen endlich durch Verpflichtungen ersetzen, damit es nicht weiter zu ver-

heerenden Missverständnissen kommen kann. So wurden Schüler\*innen in Oberbayern im Sommer an Beruflichen Schulen abgelehnt, weil sie für zu alt für den Schulbesuch eingestuft wurden. Entsprechend wurden Arbeitsverträge der Lehrkräfte nicht verlängert. Für die BIK-Klassen gilt aber eigentlich die erweiterte Schulpflicht bis 21 bzw. in Ausnahmefällen bis 25 Jahren.

### Bildung ist ein gutes Konzept

Schule kann die Schüler\*innen hier bestmöglich ankommen lassen. Dies gelingt besonders gut mit dem bewährten Konzept der Berufsintegrationsklassen (BIK): Die Schüler\*innen werden in diesen Klassen gut und sehr intensiv von Lehrkräften, Sozialpädagog\*innen und manchmal auch von Schulpsycholog\*innen betreut. Mithilfe dieser unterschiedlichen Professionen können wir die jungen Neuzugewanderten gut auffangen, sie im Alltag unterstützen, ihnen Struktur geben und ihnen ihr Tempo beim Ankommen lassen. Wichtiger als alle Grammatik ist es, ihnen das Leben in Deutschland verständlich zu machen. Dafür müssen wir mit den Klassen rausgehen und ihnen ihren neuen Wohnort erlebbar, aber auch sie selbst sichtbar machen. Häufig leben sie in einer »Blase« und haben nur wenig Bezug zu ihrer Stadt und den darin lebenden Menschen. Schule kann dies ändern.

Doch all dies funktioniert nur, wenn ausreichend fest angestelltes und entsprechend bezahltes Personal in den Bildungseinrichtungen arbeitet und die Klassen möglichst klein sind. Derzeit sind die Herausforderungen allerdings groß und es ist anstrengend für alle Beteiligten. Aber es kann gelingen!

### Wir brauchen einen menschlichen Diskurs

Der Wille, alles für dieses Gelingen tun zu wollen, fehlt mir derzeit auch in der Berichterstattung und in der politischen Diskussion. Warum wird nur über die negativen Vorfälle berichtet? Wo ist die Bereitschaft zu sehen, welch eine hohe Zahl Neuzugewanderte aus dem arabischen Raum hier gut angekommen ist und friedlich lebt? Warum wird nicht auch über die vielen Erfolgsgeschichten berichtet?

Um hier schon einmal Beispiele aufzuzeigen, gehe ich zurück in meine Klassen: Viele der Schüler\*innen haben nach nur zwei Jahren so gut Deutsch gelernt, dass sie einen Schulabschluss erreichen können: als Fliesenleger, Maler, Metzger, Elektriker, Informatiker, Bäcker, Konditor, Friseur, Arzthelferin, Zahnarzthelferin, Apothekenhelfer, Sozialpflegerin, Verkäufer bei Rewe, Verkäuferin im Schuhhandel. Besonders hervorheben möchte ich einen jungen Mann aus Afghanistan. Er wurde ein Jahr lang alphabetisiert, da er überhaupt nicht schreiben konnte. Danach besuchte er die beiden Jahre Berufsintegrationsvorklasse (BIK/Vs) bzw. BIK. Mit Erfolg, sodass er direkt anschließend zwischen fünf Ausbildungsstellen

als Koch wählen konnte. Derzeit lernt er im Sheraton Hotel.

All die genannten Schüler\*innen lernen Berufe, in denen wir dringend Nachwuchs suchen. Sie bezahlen Steuern, Sozialabgaben und sichern damit die Renten. Der Nachwuchs ist da, wir müssen nur die Voraussetzungen für ein gutes hier Ankommen und eine gute Integration schaffen. Dann klappt das gesellschaftliche Miteinander.

von Dr. Doris Weber  
Fachgruppe Berufliche Schulen



## SCHON GEWUSST?

### LEHRKRÄFTE MÜSSEN NICHT NEUTRAL SEIN!

Demokratiebildung ist zentraler Bestandteil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Die Landesschulgesetze beschreiben die Ziele. Lehrkräfte sollen demokratische Werte wie Würde und Gleichheit aller Menschen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vermitteln.

Oft fällt das Stichwort „Beutelsbacher Konsens“. Er darf nicht mit dem parteipolitischen Neutralitätsgebot des Staates verwechselt werden. Der Konsens formuliert drei zentrale didaktische Prinzipien politischer Bildung: das Überwältigungsverbot (Verbot der Indoktrination), das Kontroversitätsgebot sowie das Ziel, dass Schüler\*innen zur politischen Teilhabe befähigt werden sollen. Lehrkräfte dürfen ihre eigene politische Meinung ausdrücken, diese aber nicht als allgemeingültig darstellen. Kontroverse Themen müssen multiperspektivisch behandelt werden.

Wenn es in der Schule um politische Bildung geht, müssen sich Lehrkräfte nicht neutral verhalten. Es ist wichtig, verschiedene Blickwinkel zu beleuchten. Lehrkräfte müssen auf Basis des Grundgesetzes eine klare Haltung gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Gewaltverherrlichung und menschenverachtende Aussagen zeigen.

[kurz.gew.app/nicht-neutral](https://kurz.gew.app/nicht-neutral)

**herzlich bleiben**  
LOVE UNIONS-  
FIGHT RACISM!

# Gemeinsam trauern, aktiv für Frieden und Verständigung werben: Parents Circle Families Forum

»The Parents Circle Families Forum« (PCFF), wörtlich etwa das »Familienforum Elternkreis«, wurde in den 1990er-Jahren von trauernden Palästinenser\*innen und Israelis gegründet, die im israelisch-palästinensischen Konflikt Familienmitglieder verloren hatten. Ihre gemeinsame Trauer verband sie und ließ sie politische und geografische Grenzen ebenso wie gegenseitige Zuschreibungen überwinden. Heute ist unsere Organisation auf mehr als 750 trauernde Familien angewachsen; sie ist vollständig binational, mit einem Büro in Israel und einem in Palästina.

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich PCFF für Gewaltlosigkeit, Dialog und Versöhnung zwischen Israelis und Palästinenser\*innen eingesetzt. Friedenserziehung spielt dabei eine grundlegende Rolle. Wir wollen vor Ort, in Israel und in Palästina, Frieden und sozialen Wandel herbeiführen. In vielen Projekten arbeiten wir mit pädagogischen Mitteln, um das Verständnis und die Empathie für die sogenannten »Anderen« zu fördern.

## »Treffen zum Dialog« in Israel und Palästina

PCFF ist sowohl in Israel als auch in Palästina aktiv, unsere »Treffen zum Dialog« – eines unserer zentralen Projekte – finden in Schulen und Gemeindeeinrichtungen statt. In dieser Veranstaltungsreihe erzählen ein\*e Palästinenser\*in und ein\*e Israeli ihre Geschichte vom Verlust eines Familienmitgliedes und ihre Entscheidung, sich gemeinsam für eine andere Zukunft einzusetzen. Aus pädagogischer Sicht vermitteln diese »Treffen zum Dialog« das aktive Zuhören und nutzen persönliche Erzählungen, um die Zuhörer\*innen anzusprechen. Die Möglichkeit, sich in anderen wiederzuerkennen, Gemeinsamkeiten zu entdecken und Empathie zu entwickeln, fördert das ge-

meinsame Lernen. Im Laufe der Jahre hat das PCFF etwa 10.000 »Treffen zum Dialog« durchgeführt und dabei über eine Viertelmillion Israelis und Palästinenser\*innen erreicht.

Mit der Möglichkeit, Veranstaltungen online zu organisieren, konnten wir ein wachsendes internationales Publikum für unsere »Treffen zum Dialog« gewinnen, allerdings haben gerade die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 und der daraus erwachsene und anhaltende Krieg eine weltweit noch nie dagewesene Nachfrage nach Stimmen der Hoffnung und des Friedens aus Palästina und Israel entstehen lassen. Überall auf der Welt sind Menschen und ihre sozialen Umwelten in den israelisch-palästinensischen Konflikt verwickelt worden, was zu Polarisierung, Spaltung und mitunter sogar zu Gewalt geführt hat. Aus diesem Grund gehen in vielen Fällen Diskussionen über den Konflikt an der Realität der Palästinenser\*innen und Israelis vorbei. Hier erhoffen wir uns die Unterstützung eines dezidiert akademischen Bildungsprogramms für ein internationales Publikum.

## »Listening from the Heart« – ein weltweites Bildungsprogramm

Im vergangenen Jahr entwickelten die »American Friends of the Parents Circle« (AF-PCFF) in Zusammenarbeit mit der Georgetown University, Washington DC, unter dem Titel »Listening from the Heart« – »mit dem Herzen zuhören« – ein Bildungsprogramm für akademische Einrichtungen. Dieses Programm basiert auf unseren »Treffen zum Dialog«. Es greift auf aufgezeichnete Aussagen von Zeug\*innen trauernder Mitglieder des PCFF zurück – dem Frieden verpflichteter Israelis und Palästinenser\*innen – und bietet einen umfassenden Leitfaden mit Aktivitäten und Diskussionsfragen an. Dank der Zusammenarbeit mit dem »Center for New Design and Learning Strategies«

(CNDLS) der Georgetown University verbindet »Listening from the Heart« Engagement für Frieden und wissenschaftliche Erkenntnis: Persönliche Geschichten und Erfahrungen palästinensischer und israelischer Friedensaktivist\*innen werden mit Fachwissen, Lernanalysen und pädagogischer Forschung kombiniert.

Mithilfe strukturierter Unterrichtseinheiten, die in weiterführenden Schulen und an Universitäten eingesetzt werden können, werden auch Menschen außerhalb Palästinas und Israels besser in der Lage sein, die Komplexität des Konflikts zu verstehen und anzuerkennen. Darüber hinaus vermittelt »Listening from the Heart« aktives Zuhören, kritisches Denken und den Wert persönlichen Erzählens.

»Listening from the Heart« wird von den »American Friends of the Parents Circle« verantwortet. Weitere Einblicke erlaubt die Website: [parentscirclefriends.org/listening](https://parentscirclefriends.org/listening)

**von Ilana Bergsagel**

Parents Circle Families Forum  
Webseite:  
[theparentscircle.org](https://theparentscircle.org)  
übersetzt von Magnus Treiber, DDS-Redaktion



Anmerkung der Redaktion: Die Stadt Nürnberg zeichnete »The Parents Circle Families Forum« im Herbst 2025 mit dem »16. Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis 2025« aus. Hier ein Ausschnitt aus der Begründung: »Mit der Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2025 ehrt die Jury die Organisation Parents Circle Families Forum, die selbst in schwierigsten Zeiten die Kommunikationskanäle zwischen Israelis und Palästinensern offenhält. Obwohl Polarisierung den Dialog oft sinnlos erscheinen lässt, erinnert die Würdigung solcher Bemühungen die Welt daran, dass Fortschritt oft mit kleinen, mutigen Schritten beginnt – durch Neugier auf das Gegenüber.« ([kurzelinks.de/ik2v](https://kurzelinks.de/ik2v))



Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

## GEW Würzburg wählt neuen Vorstand und ehrt Mitglieder

»Der Kreisverband der Bildungsgewerkschaft GEW im DGB ist eine starke Interessenvertretung von Menschen in Bildungsberufen«, sagte der wiedergewählte Vorsitzende Riccardo Altieri anlässlich der Wahl des neuen Würzburger GEW-Vorstands. Die Mitgliederzahl sei in den letzten drei Jahren um 8,9 Prozent gestiegen. »Besonders die Rechtsberatung und der Rechtsschutz sind gefragte GEW-Leistungen.« Die Teilnehmenden der Mitgliederversammlung wählten außerdem Freya Altenhöner (zweite Vorsitzende), Volkmar Topp (Schatzmeister) und die Referent\*innen für Erwachsenenbildung Maria Ring, für Grund- und Mittelschulen die Personalrätin Angela Berndt, für Hochschule und Forschung Benedikt Seger, für Gymnasien Sebastian Rühllein, für sozialpädagogische Berufe Christian Gündling, für Studierende Daniel Janke, für interkulturelle Bildung Henning Albrecht, als Gesundheitsbeauftragte Petra Schäfer und für den DGB Charlie Radler in den neuen Vorstand. Die Kasse prüfen Hiltrud Eckl und Benno Barkey. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde ich auch als Geschäftsführer des GEW-Kreisverbandes Würzburg verabschiedet.



Die Bezirksvorsitzende Monika Hartl (links) und Dr. Riccardo Altieri (Mitte) ehren Kolleg\*innen für ihre langjährige Mitgliedschaft (v. l. n. r.): Volker Brand (40 Jahre), Marion Schäfer-Blake (50 Jahre), Christa Grötsch (45 Jahre), Claudius Stach (30 Jahre), Maria Zimmermann (35 Jahre) und Helmut Stühler (40 Jahre). Jörg Nellen (hinten rechts) verabschiedeten sie als Geschäftsführer.



Die GEW Würzburg hat einen neuen Vorstand (v. l. n. r.): Benno Barkey, Dr. Riccardo Altieri, Hiltrud Eckl, Freya Altenhöner, Christian Gündling, Angela Berndt, Henning Albrecht, Daniel Janke und Charlie Radler

Die GEW-Bezirksvorsitzende Monika Hartl aus Aschaffenburg ehrt abschließend 18 Mitglieder für ihre langjährige Treue zur GEW: für 50 Jahre Erhard Hagebecker und Marion Schäfer-Blake, für 45 Jahre Christa Grötsch, für 40 Jahre Volker Brand, Brigitte Handel, Andreas Hermann, Gisela Schohe und Helmut Stühler, für 35 Jahre Agathe Babin-Ebell, Anette Köhler, Maria Stumpf und Maria Zimmermann, für 30 Jahre Claudius Stach und Klaus Wenger, für 25 Jahre Rita Gryzla, Tanja Hahn, Astrid Hermann und Rosemarie Nawarotzky. »Mit unserer GEW-Mitgliedschaft haben wir ein Zeichen gesetzt«, sagte einer der Geehrten.

von Jörg Nellen

## GEW-Senior\*innen reisten nach Brüssel

Auf Einladung der Europaabgeordneten Maria Noichl (SPD) fuhren 19 Senior\*innen der GEW Bayern Mitte November zu einem Europa-seminar nach Brüssel. Zuerst erkundeten wir das Europaviertel. Unter dem Titel »Mit 7-Meilen-Stiefeln durch die Geschichte Europas« reflektierten wir die Entstehung und Entwicklung der EU bei einem Rundgang im Haus der Europäischen Geschichte mit einer Vielzahl von Exponaten und Videodarstellungen.

Im nahe gelegenen Europaparlament ging es mit einem kurzen Vortrag eines Referenten des Besucherdienstes zur Arbeit einer EU-Parlamentsabgeordneten weiter, dem sich ein zwangloses Gespräch mit Maria Noichl anschloss.

Von mehr als 1.000 Jahren Stadtgeschichte der »europäischen Hauptstadt« Brüssel berichtete uns Jos Keunen bei einer politisch-historischen Stadtführung. Dabei wies er nicht nur auf die verschiedenen Baustile hin, sondern stellte auch das politische System Belgiens, bestehend aus drei »Regionen« (Flandern, Wallonien, Brüssel-Hauptstadt) und kulturell-sprachlich definierten »Gemeinschaften« (französisch, flämisch, deutsch), vor. Der Humor kam dabei nicht zu kurz. Insbesondere erwähnte er das 2016 für die belgische

Bierkultur verliehene immaterielle Weltkulturerbe gerne süffisant bei jeder mehr oder weniger passenden Gelegenheit.

Freitag, der 15. November, war Königstag. Alle nationalen Büros blieben geschlossen. Am Vormittag erhielten wir über einen Referenten Einblick in die Arbeit und Aufgaben der Europäischen Kommission, der Exekutive der EU. Die Kommission umfasst 60 Gebäude in Brüssel, über 30.000 Beschäftigte, 34 Generaldirektionen, 16 Dienststellen und sechs Exekutivagenturen. Jeder Mitgliedsstaat ist mit einem Kommissionsmitglied vertreten.

Schließlich lernten wir das wichtigste Einflussorgan nationalstaatlicher Interessen kennen, den Rat der Europäischen Union, in dem

Vertreter\*innen der Mitgliedsstaaten auf Minister\*innenebene sitzen. Die Ratspräsidentschaft wechselt alle sechs Monate. Die Arbeitssprachen sind Englisch, Französisch und Deutsch. Nicht zu verwechseln ist dieses Gremium mit dem Europäischen Rat, in dem sich viermal jährlich die Staats- und Regierungschef\*innen treffen.

Die Diskussion mit einem Referenten des Rates, dessen Haupttätigkeit die Vorbereitung des damals unmittelbar bevorstehenden G20-Gipfels war, begann ungewohnt. Während seiner ausschließ-



Die GEW-Senior\*innen besuchten bei ihrer Fahrt nach Brüssel auch das EU-Parlament.

## Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

lich in englischer Sprache gehaltenen Einführung machte er auf die Sprachenvielfalt und die Notwendigkeit des Dolmetschens aufmerksam. Daran anschließend beantwortete er in einem Raum, in dem die Sitzplätze mit den Namensschildern aller Ratsmitglieder (= Staaten der EU) versehen waren, nur Fragen. Die Beschilderung wurde didaktisch so gewählt, da der Saal meist für Schulklassen genutzt wird.

Jochen Zellner, stellvertretender Leiter der Europaakademie Bayern e. V., informierte unsere Gruppe vielfältig und stand immer für Auskünfte zur Verfügung. So behielten wir den Überblick über die

einzelnen EU-Organe. Unser Dank gilt ebenso Judith Schäfer, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro Maria Noichl, die uns das begehrte Platzkontingent zur Verfügung stellte und im Bus penibel darauf achtete, dass niemand verloren ging.

Auch wenn die Fahrt – vor allem wegen der langen Busreise – anstrengend war, war sie dennoch sehr informativ. Und vielleicht trägt sie dazu bei, denen, die gerne auf »die in Brüssel« schimpfen, argumentativ besser entgegenzutreten zu können.

von Manfred Doetsch

## Überzeugen mit Präsenz und Stimme



Eine überzeugende Stimme lässt sich auch über Bewegung erzielen.

Mit der Frage, wie kann ich mit Präsenz und Stimme überzeugen, befassten sich am Buß- und Betttag 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Tagesseminars im Kultur- und Tagungszentrum in Murnau. Alfred E. Mair, Stimm- und Rhetoriktrainer sowie Liedermacher und Moderator aus Südtirol, leitete die Fortbildung, die der GEW-Kreisverband Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen veranstaltete. Die Kolleg\*innen erfuhren viel über Körperhaltung, Atemtechniken und Stimmübungen – auch auf unkonventionellem Weg. Das Ziel dabei war zu lernen, wie die eigene Stimme gezielt eingesetzt werden kann.

Viele der gezeigten Übungen waren so gestaltet, dass sie weiterhin gut in den Alltag integriert werden können. Nach einem ausgiebigen Tag traten die Teilnehmenden bestens gerüstet den zum Teil weiten Heimweg an.

von Hermine Sagmeister

## Gutes Gelingen im Auslandsschuldienst!

Unter diesem Motto fand im Herbst 2024 die 25. Fachtagung der AGAL, der AG Auslandslehrkräfte in der GEW, in Mariaspring bei Göttingen statt. Eingeladen waren Kolleg\*innen, die von einem Auslandseinsatz zurückgekehrt waren oder am Thema interessiert sind. In unterschiedlichen Formaten beschäftigten sich die Teilnehmenden mit den Bedingungen eines erfolgreichen Einsatzes und den Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Unterstützung.

Nach der Begrüßung durch die GEW-Vorsitzende Maike Finnern und Stephan Münchhoff, Sprecher der AGAL, hielt ich ein Impulsreferat zu den individuellen Gelingensbedingungen und möglichen »Stolpersteinen« auf dem Weg zum Traumziel. Denn mit den besten Wünschen werden die Kolleg\*innen zum Unterrichten an eine Deutsche Auslandsschule (DAS) oder eine Sprachdiplom-Schule verabschiedet. Dort angekommen merken sie meist schnell, welche Rolle sie im komplizierten System Auslandsschulwesen spielen. Obwohl sich alle Beteiligten für ein gutes Gelingen der schulischen Arbeit im Ausland einsetzen, gibt es doch unterschiedliche Perspektiven auf den Gesamterfolg. So referierte Laurens Brandt von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB unter der Überschrift »Grenzen überwinden – Mitbestimmung zurücklassen?« zu den im Ausland anders und zum Teil gar nicht geregelten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Denn anders als man meinen könnte, sind die DAS keine »deutschen Schulen« im Sinne der Schulen hierzulande; alle DAS sind Privatschulen, die nach dem Recht des jeweiligen Gastlandes arbeiten. Und Auslandslehrkräfte werden nicht versetzt und auch nicht entsandt, sondern von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) an einen ausländischen Schulträger vermittelt. Daher setzt sich die AGAL seit Langem vehement für eine Stärkung der vorhandenen Lehrkräfte-Beiräte ein. Abschließend stellte die Relocation-Agentur »Familienabenteurer Ausland« die wichtige Funktion von DAS für das Mitausreisen der Familie, also die gelingende Entsendung von Fachkräften dar.

Vertieft wurden die von den Teilnehmenden mitgebrachten Themen in Gesprächsrunden sowie anhand der Berichte von jüngst zurückgekehrten Kolleg\*innen. So berichtete eine Schulleiterin von der



Es diskutierten lebhaft mit (v. r. n. l.): D. Pyka (AGAL), P. Dicke (ZfA), J. Bollhöfer (KMK), R. Manderla (Moderator), F. Gribkowsky (WDA), O. Bienzle (AA), Th. Lothar (VDLiA)

arabischen Halbinsel und eine Lehrkraft aus Südeuropa. Von großem Interesse war auch die Diskussion mit DAS-Verantwortlichen. Vor dem Hintergrund der Haushaltskrise skizzierten Oliver Bienzle, Auswärtiges Amt, Peter Dicke, ZfA, Jens Bollhöfer, KMK (Kultusministerkonferenz), Friederike Gribkowsky, WDA (Weltverband der DAS, Organisation der Schulträger), Dominik Pyka, AGAL, sowie Thomas Lothar, Verband deutscher Auslandslehrkräfte (VDLiA), wie es trotz allem mit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) weitergehen soll. Denn die AKBP ist und bleibt eine wesentliche Säule der deutschen Außenpolitik.

von Michael Schopp

Lehrer und Schulleiter in NRW, Bayern, der Türkei und Vietnam  
Kontakt für Interessierte am Auslandsschuldienst:  
Michael Schopp (gm.schopp@ag-al.de)  
und Oliver Manger (oliver.manger@ag-al.de)

## Verbrennungsfrei wohnen im Haus ohne Kamin

Am 19. Oktober 2024 veranstaltete der GEW-Kreisverband Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen einen Informationsnachmittag zum Thema »Verbrennungsfrei wohnen im Haus ohne Kamin (HoK)«. Im ökologisch-energetisch sanierten Wohnhaus in Bad Bayer-soien referierte ich, Martin Gruber, Berufsschullehrer für Elektrotechnik a. D. und Referent für ökologische Grundlagen bei Solarteur\*innen am ehemaligen Bildungszentrum für Solartechnik der LH München. Zum Einstieg berichteten die Teilnehmenden über ihre eigenen Aktivitäten, um eine CO<sub>2</sub>-ärmere Energieversorgung ihrer Wohnhäuser zu erreichen.

### Statt Öl nur noch SoDa-Energie

Bei der Besichtigung des Hauses veranschaulichte ich das Energiekonzept und präsentierte im anschließenden Vortrag technische Details und Zusammenhänge. Ich betonte die besondere Herausforderung, vor fünf Jahren das mit Öl beheizte Wohnhaus im Alpenvorland, Baujahr 1972, in ein Haus mit erneuerbarer Energieversorgung ohne Verbrennung umzubauen, also mit Energie, die **sowieso da** ist, zu versorgen, mit der sogenannten **SoDa-Energie**.<sup>1</sup> Gemeint ist damit die Energie aus der Erde im Garten, aus der Umgebungsluft und von der Sonne. Da zur Wärmeerzeugung im Haus weder Holz noch fossile Energieträger verbrannt werden, ist ein Kamin nicht mehr nötig (HoK).

### Technik zur Energieumwandlung

Effiziente Erdkollektoren sind unsichtbar 1,8 m tief im Garten vergraben. Besondere Umweltkollektoren sind unsichtbar unter den Photovoltaik (PV)-Modulen (12,7 kWp) am Dach montiert. Über eine Wärmepumpe im ehemaligen Heizungskeller versorgen die Umweltkollektoren und Erdkollektoren das Haus mit Heizungswärme und Warmwasser. Die Sonne liefert über die PV-Anlage Strom für die Wärmepumpe, für das E-Auto und den Haushaltsstrom. Wenn der PV-Strom nicht ausreicht, wird Strom aus dem Netz von Ammer-Loisach-Energie bezogen. Stromüberschuss wird ins Netz geliefert und mit Bayernwerk-Netz abgerechnet. Ein Pufferspeicher gleicht die schwankende Wärmeenergieversorgung aus. Ein Solarspeicher (12 kWh) nutzt die erzeugte Solarenergie optimal und reduziert den Strombezug aus dem Netz.<sup>2</sup>



### Effiziente Energiebilanz

Dachdämmung, Fensteraustausch, Fußbodenheizung, Deckenheizung tragen zu einer effizienten Energiebilanz bei. Mit einer Auswertung der Energiebilanz über vier Jahre zeigte ich eine Entwicklung hin zum Nullenergiehaus. Das bedeutet, im Jahresmittel wird soviel elektrische Energie produziert, wie für Wärme, warmes Wasser und Haushaltsstrom gebraucht wird. Der SoDa-Energie und den Energiehandwerker\*innen sei Dank!

Die Kostenbilanz ist jedoch nicht ausgeglichen, da die aus dem Netz bezogene Energie (31,5 ct/kWh) ca. viermal soviel kostet, wie die von der Sonne ins Netz gelieferte Energie einbringt (8,5 ct/kWh). Bei einem Imbiss nach dem Vortrag tauschten wir uns noch rege zu Klima- und Energiefragen aus.

von Martin Gruber und Bärbl Schweiger-Gruber

- 1 Volker Quaschnig: SoDa-Solarenergie für 4 Billionen Euro pro Jahr. Vgl. volker-quaschnig.de
- 2 Eine Liste mit Internetquellen zum HoK könnt ihr unter wm-sog-gap@gew.bayern anfordern-

## DGB Bayern verleiht bayerischen Mitbestimmungspreis 2024



Ludwig Strahl (Mitte) nahm in der Staatskanzlei stellvertretend den Mitbestimmungspreis 2024 vom bayerischen DGB-Vorsitzenden Bernhard Stiedl (rechts) entgegen. Neben den beiden Gewerkschaftern – ein seltenes Bild – der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU).

Am 4. Dezember 2024 verlieh der DGB Bayern unter der Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten zum zweiten Mal den bayerischen Mitbestimmungspreis. Die Preisverleihung fand im Kuppelsaal der bayerischen Staatskanzlei statt. Das Trio »Wellcaru« – zwei der Musiker\*innen sind Kinder des Ex-Biermösl-Musikers Michael

Well – sorgte für die begeisternde musikalische Begleitung. 2024 ging der Preis an die Mitarbeiter\*innenvertretung und ver.di-Betriebsgruppe der »Barmherzigen Brüder Behindertenhilfe GmbH« in Reichenbach in der Oberpfalz.

Die GEW-Landesvorsitzende Martina Borgendale, die Kolleginnen

## Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

Angelika Altenthan und Petra Nalenz sowie die Kollegen Konny Hoff, Alexander Lungmus, Gerd Schnellinger, Hilger Uhlenbrock, Markus Weinberger und ich nahmen neben zahlreichen anderen Gewerkschaftsmitgliedern an der Veranstaltung teil. Die Begrüßungsrede hielt Bernhard Stiedl, bayerischer DGB-Vorsitzender. Seine Schwerpunkte: In einer leistungsfähigen Gesellschaft stehen die Kolleg\*innen im Mittelpunkt und sorgen für Solidarität am Arbeitsplatz.

Den Preis erhielt bewusst eine Mitarbeiter\*innenvertretung, die dem Kirchenrecht untersteht. Man wollte damit darauf hinweisen, wie sehr in kirchlichen Einrichtungen die Rechte als Menschen, Arbeitnehmer\*innen und Betriebsrät\*innen beschnitten sind. So verweigert das Kirchenrecht nach wie vor elementare Grundrechte. Deshalb gilt es, diesen sogenannten »Dritten Weg« abzuschaffen. Es muss auch in Kirchen staatliches Arbeitsrecht gelten! Darüber hinaus braucht auch Bayern ein »Faire-Löhne-Gesetz«.

Ministerpräsident Markus Söder (CSU) outete sich bei der Preisverleihung als Anhänger der Mitbestimmung, indem er betonte: »Wir sind der Teil des sozialen Herzens, das Bayern hat.« Ansonsten war seine Rede eher eine Themaverfehlung, wie meine Nachbarin, eine Deutschlehrerin, anmerkte.

Ludwig Strahl, Vertreter des Preisträgers, sprach von Stolz und von Dankbarkeit. Stolz seien er und seine ca. 1.000 Kolleg\*innen auf die Preisverleihung, dankbar dem DGB und ver.di für ihre Unterstützung. Es brauche eine starke Interessenvertretung.

Abschließend war bei einem kleinen Imbiss und Getränken Zeit für anregende Gespräche und gute Musik der drei Musiker\*innen.

von Joe Lammers

## Frauen führen anders! Wirklich?



So lautete der Titel des Tagesseminars, das der Landesfrauenausschuss am 30. November 2024 in Nürnberg im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit durchführte. Es war bereits das zweite Seminar, das sich mit der Thematik »Frauen und Führung« befasste. Die Teilnehmerinnen reisten aus sechs Bezirken an und brachten vielfältige (Führungs-)Erfahrungen aus sieben Bildungsbereichen mit.

Referentin Regine Crämer, eine erfahrene Trainerin in Sachen »Führung« mit internationaler Führungserfahrung, ließ bei ihren Ausführungen eigene Erfahrungen einfließen und begeisterte mit ihrer dynamischen Art. In Zweiergesprächen, wechselnden Kleingruppen und Kreisgesprächen entstand unter den hoch motivierten Kolleginnen schnell eine produktive und energiegeladene Arbeitsatmosphäre.

Nach einem Überblick zu Führungstheorien rückten schnell die Erfahrungsberichte der Kolleginnen zu Stärken und Ressourcen in den Vordergrund. Es wurden eigene Führungsprofile erstellt, Kommunikations- und Feedbackregeln erarbeitet und unterschiedliche Motivationsfaktoren von Frauen und Männern festgestellt. Dabei leitete uns die Frage: Gibt es denn ein weibliches Führungsprinzip? Allgemein gesprochen ist unsere Antwort: Während Frauen eher durch Kooperation motiviert sind, steht bei Männern der Wettstreit im Vordergrund.

Nach der Gegenüberstellung eher weiblicher bzw. männlicher Führungsqualitäten stellten wir fest, dass die weiblichen Prinzipien mit modernen Führungsansätzen im Einklang stehen, die immer mehr Wert auf ganzheitliche, partizipative und inklusive Führung legen. Diese Eigenschaften sind nicht exklusiv für Frauen. Regine Crämer betonte, wie wichtig es ist, authentisch zu führen.

Am Nachmittag lernten die Teilnehmenden die Methode der »Kollektiven Fallberatung« anlässlich schwieriger Führungssituationen aus dem Alltag kennen und bearbeiteten in Kleingruppen die von ihnen eingebrachten Praxisfälle.

Die zu Beginn formulierten Erwartungen an das Seminar sahen wir bei der Abschlussrunde als gut erfüllt an. Von der GEW wünschen sich die sehr zufriedenen Kolleginnen weitere derartige Seminare wie z. B. zu der Frage, wie Führung in Teilzeit gelingen kann. Darüber hinaus regen sie Diskussionen an zu den Themen »Wie gestalte ich einen kollektiven Umgang mit nicht qualifizierten Quereinsteiger\*innen« und »Wie komme ich aus der Überstundenfalle«. Für die anstehenden Tarifverhandlungen wünschen sie der GEW viel Erfolg!

von Renate Oehler

### Pressemitteilung der GEW Bayern im November 2024

- Bildungsgewerkschaft warnt: Staatsregierung fällt auf »Scheinriesen« herein – Senkung der Teilzeitquote bei Lehrkräften hat viel geringeren Effekt als vermutet – PM 29 v. 13.11.2024
- GEW: Große Unterstützung der Popularklage gegen Bundeswehr-Fördergesetz vor Bayerischem Verfassungsgerichtshof – PM 30 v. 18.11.2024

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de)



## Nachruf auf Helmut Stock

11.8.1923 - 1.9.2024

Unser Kollege Helmut Stock ist im September 2024 im Alter von 101 Jahren in Lauf a. d. Pegnitz verstorben. Helmut war das älteste Mitglied der GEW Bayern. Er trat im Oktober 1953 in die Bildungsgewerkschaft ein. Fast 71 Jahre war er uns treu und interessiert verbunden.

Zu seinem 100. Geburtstag durften wir ihm noch im Namen des Kreisverbandes Nürnberger Land und des Landesverbandes im großen Kreis gratulieren. Er freute sich sehr, dass wir zu seiner Feier gekommen waren, und erzählte bei einem Gläschen Sekt viele Anekdoten aus seiner Lehrzeit. Auch zu seinem 101. Geburtstag durfte ich ihn besuchen. Er erzählte mir stolz, dass er noch regelmäßig in der DDS lese und das Geschehen der GEW sehr interessiert verfolgte.

Helmut, mein Lehrer an der damaligen Hauptschule, begeisterte in seinem Unterricht die ganze Klasse mit seiner liebevoll schelmischen Art. Im Fach Sozialkunde lehrte er uns den Einstieg in das Leben und in die Gesellschaft mit

ihren demokratischen Strukturen. Dafür hat er sehr viel Anerkennung verdient. Über seine Verletzung im Zweiten Weltkrieg sprach er nie. Er blickte ausschließlich mahnend auf diese für ihn schwere Zeit. Sein Einsatz für den Frieden und die Demokratie war bis ins hohe Alter unermüdlich. Wenn der aktive Senior seinen ehemaligen Schüler\*innen zufällig begegnete, hatte er immer ein gutes Wort für sie und nahm sich – wenn möglich – Zeit für ein Pläuschchen.

Manche Schicksalsschläge trafen ihn sehr, vor allem der frühe Tod seines Sohnes Wolfgang im Jahr 2018, der ebenfalls Mittelschullehrer und 47 Jahre GEW-Mitglied war. Im letzten Jahr musste Helmut nach 76 (!) Ehejahren Abschied von seiner Gattin nehmen.

Es wäre falsch, diesen Nachruf mit Schicksalsschlägen enden zu lassen. Daher eine kleine Geschichte, die sich bei unserem letzten Treffen zu seinem 101. Geburtstag zutrug: Wir scherzten über unsere gemeinsamen alten Zeiten an der Laufer Kunigundenschule – er als Lehrer, ich als Schüler. In Anspielung auf meine Funktion in der GEW erklärte er mir dann lächelnd, dass sein Unterricht wohl nicht so schlecht gewesen sei.

Zum Abschied stellte er schließlich fest, dass er für den bayerischen Freistaat wohl nicht sozialverträglich sei, da seine Pensionszeit nun schon länger als seine aktive Lehrtätigkeit andauert. Dabei fing er an, auf seine Art zu lachen.

Lieber Helmut – danke!

von Gerd Schnellinger

Diese DDS lag schon fertig für den Weg in die Druckerei vor, als uns die traurige Nachricht erreichte, dass unser Kollege **Günther Schedel-Gschwendtner**, der lange Jahre als Gewerkschaftssekretär der GEW Bayern für den Bereich der sozialpädagogischen Berufe verantwortlich war, an Heiligabend nach langer Krankheit verstorben ist. Für einen Nachruf, der seiner würdig ist, war es leider schon zu spät, weil der Erscheinungstermin von E&W und damit auch der DDS wegen der vorgezogenen Bundestagswahl ebenfalls verlegt wurde. Wir werden in der März-Ausgabe an GSG erinnern. Die Redaktion

**Die GEW Schwaben lädt ein  
zum gemeinsamen Besuch der Ausstellung**

**»Im Gedenken der Kinder –  
Die Kinderärzte  
und die Verbrechen an Kindern  
während der NS-Zeit«**

**Donnerstag, den 13. Februar 2025, 14.00 Uhr  
Im Annahof 4, 86150 Augsburg**

Anschließend gibt es die Möglichkeit  
zum Austausch im ANNA Café.

### **Online-Umfrage über Rechtsextremismus in der Erwachsenenbildung**

dw – Die Universität Hamburg sucht Berichte aus der Erwachsenenbildung über die Einflüsse der extremen Rechten auf die Praxis der Erwachsenenbildung. Dabei geht es u. a. um Erfahrungen mit »rechter Einflussnahme« durch Akteur\*innen der extremen Rechten, die die Prinzipien der demokratischen Grundordnung verletzen. An der Umfrage können Kursteilnehmer\*innen, Kursleiter\*innen, Geschäftsführer\*innen und Programmplaner\*innen teilnehmen. Sie läuft noch bis Frühjahr 2025.

Hier geht es zur Umfrage:  
[www.sosci.uni-hamburg.de/WeBi](http://www.sosci.uni-hamburg.de/WeBi)





## Nachruf auf Constantin Dietl-Dinev

12.9.1966 - 13.12.2024

Mit Bestürzung haben wir die Nachricht vom Tod unseres Kollegen Constantin Dietl-Dinev zur Kenntnis nehmen müssen. Zu diesem unfassbar schmerzlichen Verlust sprechen wir seiner Familie, seinen Angehörigen sowie seinen Mitstreiter\*innen in der ver.di, im Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt München und im beruflichen Umfeld unser Mitgefühl aus.

Tino war Anfang der 1990er-Jahre als Berufsschullehramtsstudent aktives Mitglied in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Er baute seinerzeit maßgeblich den Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) in der GEW Bayern wieder mit auf und engagierte sich in der Hochschulpolitik. Als ausgebildeter Lehrer war er weiterhin aktiv in der GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen, in der GEW-Betriebsgruppe sowie im Stadtvorstand der GEW München. Schließlich verlagerte er sein Engagement in den Gesamtpersonalrat der Stadt München.

Als engagierter Gewerkschafter und stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Landeshauptstadt München hat Tino sich mit viel Hingabe, Ausdauer und Vehemenz für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen weit über die Grenzen der Landeshauptstadt München hinaus eingesetzt und gekämpft. In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und wachsender Problemlagen verliert nicht nur die Stadt München, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung einen ihrer umtriebigen und streitbarsten Akteure.

Tino hatte immer ein offenes Ohr für die Menschen, die sich hilfeschend an ihn wandten. Mit seinem Einfühlungsvermögen verstand er es, die Sorgen und Nöte der Ratsuchenden zu seinen eigenen zu machen und auf tragfähige und nachhaltige Ergebnisse hinzuarbeiten. Er gehörte zu den Personalräten, die das Problem des Einzelnen in einen umfassenderen Kontext einordnen können, und er suchte nach Lösungen, von denen letztlich viele Beschäftigte profitieren konnten. Sein Engagement war nicht nur in den Sitzungen des Personalrats und in gewerkschaftlichen Gremien sichtbar, sondern auch in vielen Telefonaten und Gesprächen erlebbar, in denen er mit Rat und Tat half.

Tino hinterlässt eine große Lücke, nicht nur im Gesamtpersonalrat, sondern auch in der Gewerkschaftsbewegung und in vielen Gremien, in denen er zusätzlich aktiv tätig war. Wir werden seine Expertise und auch seine Bereitschaft zur streitbaren Auseinandersetzung vermissen.

Wir werden Tino nicht nur aufgrund gemeinsam errungener Ergebnisse in Arbeitskämpfen und von ihm mit ausgehandelter Dienstvereinbarungen in Erinnerung behalten, sondern auch aufgrund vieler schöner Erlebnisse zum Beispiel beim Törggelen, bei Schafkopfturnieren, beim GPR-Rathausfasching sowie anderen Feierlichkeiten.

In dieser schweren Zeit wünschen wir seiner Frau, seinen beiden Kindern und allen Angehörigen viel Kraft, den schmerzlichen Verlust eines allseits beliebten Menschen zu ertragen.

von Mathias Sachs

im Namen des GEW-Stadtvorstandes München  
für den Arbeitskreis Personalräte und Vertrauensleute an Münchner Schulen

### Veranstaltungstermin des DGB-Bildungswerkes

**Dienstag, 25.2.2025, 20.00 - 21.30 Uhr**

**Zwischen Autoritarismus und Aufbruch –  
Globaler Rechtstrend und  
gewerkschaftliche Machtressourcen**

Online-Vortrag

Referentin: **Ulrike Eifler**

Sozialwissenschaftlerin und  
Gewerkschaftssekretärin

**Samstag, 22.3.2025, 10.30 - 17.00 Uhr**

**Herrschaft im Neoliberalismus –  
Die politische Praxis der Rackets**

Tagesseminar in München

Referent: **Dr. Kai Lindemann**

Geschäftsführer des Berliner  
Arbeitslosenzentrums

Weitere Infos für beide Veranstaltungen:  
[bildungswerk-bayern.de/politische-bildung](http://bildungswerk-bayern.de/politische-bildung)

Anmeldung:  
[politische.bildung@bildungswerk-bayern.de](mailto:politische.bildung@bildungswerk-bayern.de)



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter [AjuM.de](http://AjuM.de) (Datenbank) oder unter [LesePeter.de](http://LesePeter.de).

Im Januar 2025 erhält den LesePeter das Kinderbuch

**Patrick Wirbeleit & Matthias Lehmann**  
**Ich und Tod Detektei**

Kibitz Verlag • Hamburg 2024 • 144 S. • gebundene Ausgabe • 20,00 EUR  
ab 11 Jahre • ISBN 978-3-948690-32-8

Lukas ist schockiert, als sein erwachsener Freund und Vertrauter Johann unerwartet verstirbt. Während alle von einem Unfall ausgehen, gibt es jemanden, der mehr weiß: Gevatter Tod. Er kennt die Umstände des Todes nicht, weiß aber, ob die Todesursache natürlicher Art war oder nicht. Das ungewöhnliche Ermittler-Duo beginnt, Nachforschungen anzustellen. Eine kluge Detektivgeschichte in Comicform, die mit Humor auch ernste Themen aufgreift.

Im Februar 2025 erhält den LesePeter das Jugendbuch

**Xena Knox**  
**SHIT BAG – Jeder hat ein Päckchen zu tragen**

Arctis Verlag • 2024 • 304 S. • Hardcover • 19,00 EUR • ab 14 Jahre • ISBN 978-3-03880-092-7

Aufgrund einer Darmerkrankung ist Freya plötzlich gezwungen, einen Stromabeutel zu tragen – einen Shit Bag. Mit der humorvollen literarischen Verhandlung dieses ernsten Themas gelingt es der Autorin in diesem autobiografischen Roman, eine neue Perspektive in die Jugendliteratur zu bringen.

## Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

**Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (\*) ersetzt.**

**Altötting** Treffen nach Vereinbarung. \*

Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, [gew.kvansbach@gmail.com](mailto:gew.kvansbach@gmail.com)

**Aschaffenburg/Miltenberg** \*

Kontakt: Manuel Hoffmann, [manuel.hoffmann@gew.bayern](mailto:manuel.hoffmann@gew.bayern)

**Augsburg** \* Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, [vertretung@gew-augsburg.de](mailto:vertretung@gew-augsburg.de), mobil: 0176 45506534  
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

**Bad Tölz/Wolfratshausen**

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr  
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichert, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

**Bamberg** Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Café Luitpold«, 19.00 Uhr  
Kontakt: ☎ 0177 8502731, [hendrik.torner@gew.bayern](mailto:hendrik.torner@gew.bayern)  
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter [gew\\_bamberg](https://www.instagram.com/gew_bamberg)

**Bayern** Beratung für (zukünftige) Auslandslehrkräfte, Georg Michael Schopp, [gm.schopp@ag-al.de](mailto:gm.schopp@ag-al.de)  
Oliver Manger, [oliver.manger@ag-al.de](mailto:oliver.manger@ag-al.de)

**Bayreuth/Kulmbach** Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29  
Kontakt: [kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern](mailto:kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern)

**Coburg** Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt  
Kontakt: Jürgen Behling, [kv-cokclif@gew.bayern](mailto:kv-cokclif@gew.bayern)

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim  
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, [heidi.oberhofer-franz@gew.bayern](mailto:heidi.oberhofer-franz@gew.bayern)

**Erlangen** jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,  
Kontakt: ☎ 09131 2065462, [info@gew-erlangen.de](mailto:info@gew-erlangen.de), [www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr  
Vogelgässler, Vogelstr. 16  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, [andihartmann@web.de](mailto:andihartmann@web.de)

**Freising** \* Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

**Fürstfeldbruck/Dachau** \*

Kontakt: Özge Tuna-Kerestecioğlu, [t-gew@web.de](mailto:t-gew@web.de)

**Hof-Wunsiedel** Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, [edekarl@yahoo.de](mailto:edekarl@yahoo.de)

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau**

Kontakt: Andrea Oberhofer@gew.bayern

**Kempten/Oberallgäu**

Kontakt: [schwaben@gew.bayern](mailto:schwaben@gew.bayern)

**Landshut/Westliches Niederbayern** \* Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut  
Kontakt: Markus Weinberger, [landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern](mailto:landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern)

**Lindau** \* Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183\* [gew-gerold@web.de](mailto:gew-gerold@web.de)

**Main-Spessart** \* Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

**Memmingen/Unterallgäu** \* Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**Mittelfranken** Sprechstunde nach Vereinbarung, Luisenstr. 2, 90762 Fürth

Kontakt: ☎ 0911 25327631, [mittelfranken@gew.bayern](mailto:mittelfranken@gew.bayern)

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** \*

Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

**München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen**

Termine: [gew-muenchen.de](http://gew-muenchen.de)  
Kontakt: Sven Plötz, [sven.ploetz@web.de](mailto:sven.ploetz@web.de)

**München Fachgruppe Gymnasien** \*

Kontakt: Michael Hatala, [michael.hatala@gew-muenchen.de](mailto:michael.hatala@gew-muenchen.de)

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**

Termin: [Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/](http://Vgl.gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/)  
Kontakt: [huf@gew-muenchen.de](mailto:huf@gew-muenchen.de)

**München Fachgruppe Realschulen** \* Kontakt: Susanne Brauneck, [susanne.brauneck@gew-muenchen.de](mailto:susanne.brauneck@gew-muenchen.de)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: [www.gew-muenchen.de/fachgruppen/schule/foerderschulen](http://www.gew-muenchen.de/fachgruppen/schule/foerderschulen)  
Kontakt: Siegfried Grob, [siegfried.grob@gew.bayern](mailto:siegfried.grob@gew.bayern)

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

Treffen nachfragen \* [sozpaed@gew-muenchen.de](mailto:sozpaed@gew-muenchen.de)  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)

**München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende**, Kontakt: [la-m@gew-bayern.de](mailto:la-m@gew-bayern.de)

**München AK Personalräte und Vertrauensleute**

monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, \*  
Kontakt: Mathias Sachs, [SachsMathias@aol.com](mailto:SachsMathias@aol.com)

**München GEW-Seniorinnen und Senioren**

Jour-fixe-Termine nachfragen \*  
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

**Neumarkt/Oberpfalz**

Treffen nachfragen\* Kontakt: [sigrid-schindler@web.de](mailto:sigrid-schindler@web.de)

**Neu-Ulm/Günzburg**

Treffen: monatlich,\* Gasthaus Lepple, Vöhringen  
Kontakt: Claudia Heißwolf, ☎ 08337 9680  
[hei.bei@t-online.de](mailto:hei.bei@t-online.de)

**Nordoberpfalz** Jeden 4. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten \*  
Kontakt: Joachim Lehmann, [nordoberpfalz@gew.bayern](mailto:nordoberpfalz@gew.bayern)

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** \*

Kontakt: Steffi Ungethüm, [Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de](mailto:Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de)

**Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

Monatliche Treffen.  
Kontakt: Mario Schwandt, [sozpaedberufe@gew-nuernberg.de](mailto:sozpaedberufe@gew-nuernberg.de)

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**

Treffen nachfragen\*  
Kontakt: K. Hübner: [khoebner@posteo.de](mailto:khoebner@posteo.de) und  
F. Kohl: [florian.kohl@gew.bayern](mailto:florian.kohl@gew.bayern)

**Nürnberg/Fürth** offener Stammtisch für alle Fachgruppen \*

Kontakt: Stefan Merten, Petra Wachter, [mittelfranken@gew.bayern](mailto:mittelfranken@gew.bayern)

**Nürnberg Büro für Lebenserfahrung**

Aktivitäten und Infos: [gew-nuernberg.de](http://gew-nuernberg.de)  
Kontakt: Helmut Steiner, ☎ 0911 7871549, [ts.leh@gmx.de](mailto:ts.leh@gmx.de)

**Nürnberger Land** \* Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, [gerd.schnellinger@gew.bayern](mailto:gerd.schnellinger@gew.bayern)

**Passau/Östliches Niederbayern** Treffen alle zwei Monate

Kontakt: Lea Dahms, [kv-passau@gew.bayern](mailto:kv-passau@gew.bayern)

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat

19.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, [Lang-Reck@t-online.de](mailto:Lang-Reck@t-online.de)

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr,

im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),  
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr  
im Büro in der Obermünsterstr. 4, Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

**Roth/Schwabach/Hilpoltstein** \*

Kontakt: Joscha Falck, [gew.rh-sc@gmx.de](mailto:gew.rh-sc@gmx.de)

**Schwandorf** \*

Kontakt: Matthias Haberl, [kv-schwandorf@gew.bayern](mailto:kv-schwandorf@gew.bayern)

**Schweinfurt** jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,  
[manfred.schwinger@asamnet.de](mailto:manfred.schwinger@asamnet.de)

**Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen** \*

Kontakt: Bärbl Schweiger-Gruber, [wm-sog-gap@gew.bayern](mailto:wm-sog-gap@gew.bayern)

**Weißenburg (Mfr.)** \*

Kontakt: Harald Morawietz, [harald.morawietz@t-online.de](mailto:harald.morawietz@t-online.de)

**Würzburg** monatliche Treffen, \*

19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg  
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, [presse@gew-unterfranken.de](mailto:presse@gew-unterfranken.de)